STADT STEIN AM RHEIN

Sitzung 02/17 des Einwohnerrates

Freitag, 17. Februar 2017, 20:00 – 22:40
Bürgerasyl, Jakob und Emma Windler-Saal

Vorsitz:	Schäffeler	René	FDP	Präsident
Anwesend:	Einwohnerrat			
	Dean Wüthrich	Cornelia	SP	
	Derrer	Jörg	SP	Vizepräsident
	Götz	Claudio	Pro Stein	
	Leu	Beat	Freie Liste	
	Marchetto	Gian Luca	SVP	
	Metzger	Ruth	SVP	
	Ochsner	Daniel	SVP	Stimmenzähler
	Spalinger	Nadja	parteilos	Aktuarin
	Vetterli	Markus	SP	Stimmenzähler
	Vetterli	Ruedi	parteilos	
	Waldvogel	Marcel	parteilos	
	Wildberger	Ruth	SP	
	Stadtrat			
	Bandixen	Sönke	Stadtpräsident	
	Sigrist	Karin	Finanzreferentin	
	Gemperle	Christian	Baureferent	
	Schnarwiler	Thomas	Werkreferent	
	Ullmann	Corinne	Bildungsreferentin	
	Verwaltung			
	Bühler	Ernst	Stadtschreiber	
	Grötchen	Robert	Weibel	
Entschuldigt:	-			
Protokoll:	Strasser	Beatrice	Protokollführerin	

Traktanden

5.	Protokoll der Sitzung vom 09.12.2015 Protokoll der Sitzung vom 13.01.2017	1
6.	Genehmigung Baurechtsvertrag Fridau	2
7.	Genehmigung Einrichten der Schulsozialarbeit auf den 1. August 2017 und Kreditbewilligung	3
8.	Orientierungsvorlage Verkehrs- und Parkplatzkonzept	4
9.	Beantwortung Postulat Peter Spescha; Antrag auf Abschreibung	5
10.	Beantwortung Postulat Werner Käser; Antrag auf Abschreibung	6
11.	Genehmigung Kredit von Fr. 160'000 für die Erstellung eines Trottoirs an der Eschenzerstrasse	7
12.	Allgemeine Umfrage	8

Einwohnerratspräsident René Schäffeler eröffnet die Sitzung um 20.00 Uhr und begrüsst die Anwesenden. Bevor in die üblichen Traktanden eingestiegen wird, möchte Herr Schäffeler noch ein paar Hinweise im Büro machen, wo auch neue Regelungen getroffen wurden:
Im Büro des Einwohnerrates wurde eine neue Geschäftsordnung verabschiedet, wo festgelegt wurde, wer jeweils an Bürositzungen teilnimmt. Das sind der Präsident, der Vizepräsident, die Aktuarin und der Stadtschreiber. Es wurde beschlossen, dass die Sitzung ohne Stimmenzähler stattfindet, ausser diese hätten den ausdrücklichen Wunsch, an der Sitzung teilzunehmen. Es gibt dabei auch eine fixe Geschäftsordnung, also eine fixe Sitzungsagenda bestimmt und ein einfaches Sitzungsgeld aufgenommen. Es wurde eine Standardtraktandenliste festgelegt und man hat festgehalten, wie man mit den Kreditabrechnungen umgehen will. Man wird grössere Kreditanträge, welche an der Urne bewilligt werden müssen, jeweils einzeln vor den Einwohnerrat bringen und auch sonst werden Kredite mit grosser Wichtigkeit, oder wo man grosse Budgetabweichungen hat, einzeln behandelt. Die Wichtigkeit der Kredite ist im Ermessen vom Büro des Einwohnerrats festzulegen. Bei einer Budgetüberschreitung wurde beschlossen, dass meine Überschreitung von 20% oder 30'000 CHF als wichtig betrachtet. In diesem Reglement wurde auch festgelegt, wann man die Geschäfte an die Kommissionen überweisen würde, vor allem wenn es darum geht, Reglemente und Verordnungen neu zu verfassen oder auch Verträge mit Dritten und neue Aufgaben oder das Grundstücksgeschäft. Bei dringlichen Geschäften, oder in Absprache mit dem Präsidenten, kann auch auf eine Beratung verzichtet werden, wenn die Zeit nicht mehr reicht. Herr Schäffeler weist auch aufs Extranet hin, das dem Einwohnerrat zur Verfügung steht, wo alle Unterlagen soweit zur Verfügung stehen für die jeweiligen Sitzungen. Herr Schäffeler hat auch darum gebeten, dass auf den Einladungen jeweils darauf hingewiesen wird, wenn es noch zusätzliche Informationen zum Thema gibt in der Aktenauflage. Nicht dass man umsonst aufs Rathaus geht und viele Akten erwartet obwohl man alle schon im Internet einsehen konnte.
Es gibt noch verschiedene offene Motionen und Postulate. Ziel ist es, wie in der letzten Sitzung schon angetönt, dass diese im Verlauf vom Jahr 2017 an gearbeitet werden. Herr Schäffeler möchte hierbei au Fristverlängerungen verzichten. Zur Kommissionsarbeit kamen auch verschiedene Fragen rein, man möchte aber dieses Thema auf einer späteren Sitzung nochmals thematisieren. Man möchte die Zeit nutzen in den nächsten paar Monaten, um ein wenig Erfahrung zu sammeln zum Arbeiten in diesen Kommissionen, sowohl die neuen Mitglieder im Stadtrat, wie auch im Einwohnerrat und dass man auch erst dann darauf zurückkommt, ob man an der Komissionsgestaltung noch etwas ändern will. Ursprünglich wurde der Zweck so definiert, dass es erstens ein Bindeglied ist für die strategische Planung und den Informationsaustausch. Die Rede ist hierbei von den Fachkommissionen des Einwohnerrates. Und zweitens dienen die Kommissionen zur Vorberatung wichtiger Geschäfte. Da bittet Herr Schäffeler die Kommissionsmitglieder, ein wenig Erfahrung zu sammeln und zu

schauen, ob allenfalls Änderungen an der Kommissionsarbeit nötig sind oder nicht. Herr Schäffeler bittet die Kommissionen noch, sich zu konstituieren. Die GPK hatte schon eine Sitzung, da könnte noch mitgeteilt werden wer Präsident, Vizepräsident und Aktuar ist. Von der Sozialkommission hat Herr Schäffeler die nötigen Informationen bekommen, von der Baukommission bittet er darum, dass sich diese bis Ende Februar konstituiert. Er übergibt diese Aufgabe an Werner Käser. Dies soweit zur Arbeit im Büro.
Ruedi Vetterli wird später erscheinen. Das absolute Mehr liegt bei acht.
Die Reihenfolge im Eintreten ist wie folgt: Bürgerliche Fraktion, SP Fraktion, Dritte Fraktion. Wie schon bekannt, wird hier nach jeder Sitzung rotiert. Die Sitzungsunterlagen haben alle fristgerecht erhalten. Zum Verkehrs- und Parkierungskonzept gab es noch Nachträge per Mail, wie auch zum Trottoir. Da wurde der Plan des Trottoirs noch per E-Mail verschickt.
Zur Traktandenliste sind keine Änderungen gewünscht und wird in dieser Art genehmigt.

INNERES, Einwohnerrat, Protokolle **03.20.005**

5. Protokoll der Sitzung vom 09.12.2015 1
Protokoll der Sitzung vom 13.01.2017

Einwohnerratspräsident René Schäffeler erklärt, dass das Protokoll für die letzte Sitzung 2016 erst im April abgenommen werden kann, da es verspätet eingetroffen ist.
Somit geht es weiter zum Protokoll vom 13. Januar 2017. Gibt es dazu Änderungswünsche oder Anregungen?

Änderungen

Ruth Wildberger, SP: bemerkt, dass auf S. 15 Ensslin statt Ensing stehen sollte.

Das Protokoll wird mit den entsprechenden Änderungen angenommen.

Mitteilung an

mit Protokollauszug
- Ablage

Extranet
- Einwohnerrat
- Stadtrat
- Bereichsleiter

FINANZEN, Grundstücke und Rechte, Baurechte **02.20.007**

BAU, Tiefbau, Kantonsstrassen **00.35.020**

6. Genehmigung Baurechtsvertrag Fridau 2

Karin Sigrist, Finanzreferentin führt folgendes zum Baurechtsvertrag aus:
Die Genossenschaft Alterswohnungen Stein am Rhein hat die Stadt um einen Baurechtsvertrag für das hintere Fridau-Areal ersucht. Es handelt sich dabei um ein Grundstück, welches in der Zöbag liegt.
Der Stadtrat hat verschiedenes abgeklärt, wie Sie den Beilagen entnehmen können:
- *Zulässigkeit privater Alterswohnungen in der Zöbag Zone (RA Hendry)*
- *Verkehrswert der Zöbag-Zone im Speziellen durch das Amt für Grundstückschätzungen*

- *Studie über die baurechtliche Entwicklung des Areal (Suter von Känel)*

Seitens Stein am Rhein besteht ein grosses Interesse am Bau von Alterswohnungen. Aufgrund der demografischen Entwicklung steigt der Bedarf an Altersheimplätzen.
Diese sollen jedoch insbesondere für Pflegebedürftige ab Besastufe zur Verfügung stehen.
Alterswohnungen sind kostengünstige Wohnungen, welche je nach Bedarf Betreuungs- und Serviceleistungen bieten. Im Baurechtsvertrag ist dies abgesichert, indem das Begleitkonzept zum integrierten Vertragsbestandteil erklärt ist.
Zur Sicherung der kostengünstigen Mieten wurde das Kostenmieteprinzip verankert – daher im Vertrag festgeschrieben.
Wird das Projekt jetzt nicht durch die Genossenschaft finanziert, wird früher oder später ein ähnliches Projekt durch die Stadt selber realisiert werden müssen - und ich muss sie nicht wirklich auf unsere Verschuldungssituation hinweisen - die Finanzierung müsste wohl über eine Objektsteuer oder ähnliches erfolgen. Ich bitte Sie daher, diesem Projekt zuzustimmen.
(Zitat K. Sigrist)

Einwohnerratspräsident René Schäffeler dankt Frau Sigrist für ihre Ausführungen. Er wird die Stellungnahme der Baukommission kurz durchgehen, da er letztes Jahr Präsident der Baukommission war, sonst wäre es ja jetzt nicht seine Aufgabe als Einwohnerratspräsident, diese Stellungnahme vorzustellen.
Die Kommission unterstützt den Antrag. Es wurden neun Punkte hervorgehoben, die für die Baukommission dafür sprechen, den Antrag anzunehmen.

1. Es wird anerkannt, dass ein Bedarf nach finanzierbaren Alterswohnungen mit altersgerechter Begleitung besteht. Das Projekt unterscheidet sich, nicht nur durch das Begleitkonzept, von anderen neuen Wohnraumangeboten auf Stadtgebiet.
2. Das Begleitkonzept der Genossenschaft mit erweiterbarem Abonnement hat überzeugt. Es wird dazu beitragen, dass ältere Leute später ins Altersheim gehen müssen.
3. Die Genossenschaft Alterswohnungen ist mit bereits 95 Genossenschafterinnen und Genossenschaftern breit abgestützt. Sie fokussiert in ihrem Angebot auf Stein am Rhein und die Umgebung. Dies ist auch so im Mietreglement festgehalten.
4. Das Areal Fridau ist als Zone für öffentliche Bauten (Zöbag) dank der Nähe zur Altstadt, wie auch zum neuen Ärztezentrum gut für dieses Projekt geeignet. Zwar wird an dieser Stelle wertvolles Bauland verwendet, aber die Nutzungsmöglichkeiten sind in der Zöbag eingeschränkt. Es bleibt noch genügend Land für andere Zwecke auf dem Fridau Areal verfügbar. Eine grössere Nähe zum Alterszentrum könnte zwar gewisse Synergien bringen, ist aber auch mit Nachteilen verbunden wie höheren Kosten wegen der Hanglage oder auch die Entfernung zur Altstadt. Für das Konzept des begleitenden Wohnens ist die Nähe zum Alterszentrum nicht zwingend.
5. Die vom Stadtrat vorgenommenen rechtlichen Abklärungen zeigen, dass ein solches Projekt in de Zöbag realisiert werden kann. Frau Sigrist hat da ja ausgeführt, dass da umfangreiche Abklärungen gemacht wurden.
6. Für die bauliche Realisierung wurden Vorgaben gemacht, welche eine gute Eingliederung ins Ortsbild ermöglichen. Man hat die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten vom Areal Fridau aufgezeigt und das wird dadurch nicht beeinträchtigt.
7. Die Landbewertung basiert auf einer Schätzung vom Amt für Grundstücksschätzungen und der Baurechtszins orientiert sich an der Praxis der Stadt Schaffhausen. Es ist also auch auf dieser Seite abgestützt.
8. Die Stadt sichert sich das unterirdische Baurecht, das heisst, es besteht die Möglichkeit, allenfalls zusätzlich eine unterirdische Parkierung zu realisieren, welche vielleicht über die Bedürfnisse der Genossenschaft hinausgeht. Das könnte interessant sein, wenn man für die Altstadtbewohner zusätzliche Parkplätze schaffen wollte.
9. Der Baurechtsvertrag ist ausgewogen. Auch das wurde schon angesprochen. Es gibt Auflagen für die Genossenschaft im Bereich der Bebauung und auch einen Mindeststandard der Serviceleistungen. Andererseits hat es auch Vorteile. Der Baurechtszins wird im ersten Jahr aufgeschoben. Heisst, es wird nicht darauf verzichtet, aber er muss erst später geleistet werden.

Es wurde in der Kommission durchaus auch gewissen Bedenken geäussert. Diskutiert wurde vor allem darum, ob das Areal Fridau wirklich das richtige Areal für die Alterswohnungen ist. Auch das Thema der unterirdischen Parkierung hat die eine oder andere kritische Frage veranlasst.
Aber die Kommission hat aus diesen neun Gründen, die Herr Schäffeler dargelegt hat, beschlossen, den Antrag zu unterstützen und stimmt dem zu und empfiehlt dementsprechend auch die Annahme dem Einwohnerrat.

Nadja Spalinger, parteilos führt für die Kommission Soziales, Bildung, Gesundheit, Betreuung, Kultur und Wirtschaft folgendes aus:
Einige Argumente, die für Annahme des Antrags sprechen wurden von der Baukommission schon erwähnt, von unserer Seite ein paar Ergänzungen: Unser Fokus liegt auf dem Projekt, dem Standort und der Wertschöpfung für alle Generationen von Stein am Rhein.

Zum Projekt
Das Projekt Alterswohnen kommt den Wünschen nach. länger mit Unterstützung selbstständig wohnen zu können. Das Alterswohnen ist für Menschen die kleinere Hilfen im Alltag brauchen und schätzen, dass einmal am Tag jemand vorbei kommt. Dies bietet Sicherheit, für die Bewohner und die Angehörigen. Dem Wunsch nicht ins Altersheim zu ziehen, solange man noch geistig fit ist, kann mit diesem Angebot des Alterswohnens nachgekommen werden. Ein begleitendes Wohnen ist, wie schon erwähnt, für die öffentliche Hand günstiger als ein Platz im Altersheim.
Da meine Mitter in den letzten 20 Jahren Alterswohnungen gebaut und verwaltet hat, kann ich Hans Schlatters Aussagen, [die er in der Kommission getätigt hat] (Änderung B.S), über die Bedürfnisse älterer Menschen aus eigener Beobachtung bestätigen.
Ja, es ist wichtig, dass ältere Menschen die Möglichkeit haben, beisammen zu wohnen, sie helfen sich gegenseitig und treffen sich im Gemeinschaftsraum.
Sie brauchen mehr Ruhe und wünschen nicht unbedingt, in einem Mehrgenerationenhaus zu wohnen. Die Wohnform des Alterswohnens wie sie die Genossenschaft bietet, wirkt einer Vereinsamung entgegen. Menschen in altersgerechten Standardwohnungen kann dies nicht gewährleistet werden.
Zudem ist der Innenausbau klar auf die Bedürfnisse und Einschränkungen von älteren Menschen angepasst.

Der Standort
Die Wahl des Standortes hat für einige Diskussionen gesorgt. Einige Stimmen aus der Bevölkerung hätten gerne das Städtli belebt und Alterswohnungen dort realisiert, andere würden das Irmiger Areal aufgrund seiner Nähe zum Altersheim bevorzugen. Wiederum andere betrachteten den Oberen Obstmarkt als ideal.
Die Wahl fiel auf das Fridau Areal, weil das Bauen auf dem Irmiger Areal und das Umbauen in der Altstadt mit viel höheren Kosten verbunden wäre, was sich ungünstig auf die Mietzinsen der Alterswohnungen ausgewirkt hätte. Insbesondere die finanziell schwächer gestellten Menschen hätten dadurch eine Benachteiligung erfahren.
Entgegen den Befürchtungen bleibt der Kindergarten stehen, nur der obere Teil wird überbaut. Es ist also auch nicht ausgeschlossen, dass im unteren Teil des Gebäudes ein neuer Kindergarten gebaut werden könnte. Die Spurgruppe würde das begrüssen.
Es ist wichtig, heute verdichtet zu bauen und viele Wohnungen zu realisieren (W3,W4), damit viele Steinerinnen und Steiner die Alterswohnungen nutzen können. Auf dem Oberen Obstmarkt hätten weniger Wohnungen realisiert werden können.
Bedenken wurden gegenüber zu hohen Baukosten geäussert, welche sich negativ auf die Mieten auswirken könnten. Zudem wurde das Bedauern geäussert, dass es aus finanziellen Mitteln nicht möglich ist im Minergie Standard zu bauen.
Wohnen auf dem Fridau Areal bedeutet für ältere Menschen, einen kurzen Weg zum Rhein und ins Städtli, was ein grosser Vorteil für Menschen ist, die nicht mehr gut zu Fuss sind. Eine überschaubare Anstrengung motiviert ältere Menschen, sich mehr zu bewegen, was wiederum gesundheitsfördernd ist.

Pluspunkte für alle Generationen
Der anfallende Baurechtszins dient der Stadt und damit auch allen Steinerinnen und Steinern. Durch den Umzug der älteren Personen in die Alterswohnungen wird wieder Wohnraum für Familien frei. Dementsprechend profitieren alle Generationen von diesem Projekt.

Antrag
Der Antrag des Stadtrats: Abschluss eines Baurechtsvertrages auf dem Areal Fridau mit der Genossenschaft Alterswohnungen Stein am Rhein (Kreditantrag über einen Landwert von Fr. 1'008'480) wurde in der Kommission aufgrund der oben aufgeführten Überlegungen einstimmig angenommen.
Die Kommission empfiehlt dem Einwohnerrat dem Antrag zum Abschluss des Baurechtsvertrages mit der Genossenschaft Alterswohnungen Stein am Rhein zuzustimmen.
(Zitat N. Spalinger)

Eintreten

Claudio Götz, Pro Stein trägt das Eintretensvotum der bürgerlichen Fraktion vor:
Geschätzte Damen und Herren

Lange, viel zu lange, hat es gedauert bis ein Gremium in Stein am Rhein über das Thema «begleitetes Wohnen im Alter» entscheiden kann. Ausdauer und Durchhaltevermögen sind Eigenschaften, die der Spurgruppen und heutige Genossenschaft um Hans Schlatter definitiv nicht abgesprochen werden können. Es sind wahrlich viele Stolpersteine in den Weg gelegt worden und dies für ein Vorhaben, welches mitunter auch einen gesetzlichen Auftrag erfüllt. Es verdient unseren Respekt.

Zugleich ist es nun an uns Einwohnerräten Verantwortung zu übernehmen und ein klares Signal an das Stimmvolk zu senden und dieser Vorlage deutlich zuzustimmen.

Die bürgerliche Fraktion ist für Eintreten.
(Zitat C. Götz)

Ruth Wildberger, SP begründet das Eintreten der SP Fraktion folgendermassen:
Geschätzter Ratspräsident, geschätzte Anwesende

Im April 2015 hat die SP eine Stellungnahme zum damals bekannten Vorhaben «Alterswohnungen mit niederschwelligem Betreuungsbedarf» verfasst.
Ich freue mich nun, dass im Baurechtsvertrag und in den Statuten der Genossenschaft die meisten unserer Anliegen umgesetzt werden konnten. ZB

- *dass das Land im Baurecht abgegeben wird*
- *dass die Wohnungen zu 80% durch Steiner und Steinerinnen belegt werden*

In der Folge rechnet die SP auch damit, dass durch den Einzug betagter Steiner und Steinerinnen in die Alterswohnungen deren Einfamilienhäuser und grossen Wohnungen für junge Familien frei werden.

Da das Areal Fridau in der Zone öffentlicher Bauten und Anlagen (ZöBA) liegt, sind kommerzielle Nutzungen wie Restaurant, Läden, Büros, nicht gestattet. Damit wird auch das Gewerbe im Städtli nicht konkurrenziert.

Noch zu erarbeiten ist:

- *Wir erwarten vom Stadtrat, dass er ein Reglement erarbeitet, dass allfällige Mietzuschüsse an bedürftige Bewohner mittels Einnahmen des Baurechtszinses erfolgen sollen*

- *Die Genossenschaft soll nachweisen (wenn das überhaupt sinnvoll ist), dass 80% der Genossenschafter die Wohnungen selber mieten werden*
- *Der Stadtrat soll sich äussern, wie der grosse Rest des Areals Fridau für künftige Generationen als Entwicklungsfläche zur Verfügung gestellt werden kann? (braucht es einen Quartierplan, braucht es Gestaltungsvorschriften?)*

Da der Baurechtsvertrag sich lediglich über 3'520 m2 erstreckt, möchten wir seitens SP Auskunft erhalten, was die Stadt mit dem Kindergartengebäude und dem restlichen Land zu tun gedenkt.

Die Fraktion der SP dankt den Initianten der Genossenschaft für Alterswohnungen für ihre sorgfältige Arbeit, das gute Konzept sowie ihre grosse Geduld und stimmt dem Baurechtsvertrag zu.
(Zitat R. Wildberger)

Beat Leu, FL hält das Eintretensvotum für die dritte Fraktion:
Es wurde lange und intensiv diskutiert. Auch die Standort Frage wurde intensiv diskutiert auch über Alternativen.
Heute geht es um den Baurechtsvertrag um am Projekt Alterswohnungen mit Betreuung weiterarbeiten zu können. [Die Spurgruppe hat ein gutes Konzept auf die Beine gestellt.] (Änderung B.S.) Ein Konzept welches mit viel Arbeit grosse Hochachtung gebührt und an jedem Standort umgesetzt und realisiert werden kann. [Nichts desto trotz, die Fridau ist ein schönes und geeignetes Areal.] (Änderungen B.S.)
Die Dritte Fraktion ist für Eintreten.
(Zitat B. Leu)

Einwohnerratspräsident René Schäffeler dankt für die Voten. Er geht auf Frau Wildberger ein, welche in ihrem Votum noch ein zwei Fragen gestellt hat. Er fragt nach, ob sich von Seiten des Stadtrates jemand dazu äussern will.

Karin Sigrist, Finanzreferentin erklärt, dass es einen Bundesgerichtsentscheid gibt vom Februar 2016 zur Quartierplanpflicht von Wohnungen im Zöbag. Es wird erklärt, dass Wohnungen im Zöbag keine Quartierplanpflicht haben. Es ist aber so, dass man nicht frei ist als Behörde, wenn man Bauten bewilligt, sondern es muss sich einfügen und man muss gewisse Kriterien einhalten. Indem diese Studien für das Fridau Areal gemacht wurden, hat man das eingehalten. Sie erklärt, dass sie sonst diesen Entscheid noch zustellen kann.

Ruth Wildberger, SP erklärt, dass sie diese Studie aufgeschreckt hat. Diese Studie des SKW vom 2. Mai 2016 sind einfach anstatt zwei Blöcken sind auf einmal plötzlich acht von diesen Blöcken auf dem Areal und es ist ja nicht so, dass man vier Mal mehr, also 120 Alterswohnungen braucht. Das gibt es ja auf diesem Areal nicht. Wenn da also normale Wohnungen geplant werden, dann muss man umzonen. Die SP Fraktion will einfach wissen, dass die Stadt mit dem restlichen Areal vorhat.

Karin Sigrist, Finanzreferentin erklärt, dass die Studie nicht den Auftrag hatte, Alterswohnungen für das ganze Gebiet zu planen, sondern der Auftrag war, das Gebiet möglichst gut zu entwickeln. Die Studie geht darum sehr in die Zukunft. Die Stadt selbst hat keine Pläne, was mit dem Resten des Areals gemacht werden könnte. Man hat auch im Moment keine Kasse, um Alterswohnungen zu planen. Diese Studie zeigt nur, dass wenn man bauen wollen würde, wie sich das gescheit einfügen würde.

Einwohnerratspräsident René Schäffeler bemerkt, dass das Eintreten unbestritten ist und fährt mit der Detailberatung fort.

Detailberatung

S. 11
Peter Spescha, SP fragt beim Stadtrat nach, ob betreffend der Parkgarage schon etwas geplant ist.

Karin Sigrist, Finanzreferentin erklärt, dass es sich dabei um eine Rückhalteposition handelt. Es war ja zum diesem Thema schon einmal etwas angedacht. Im Moment ist aber noch nichts in Planung. Man wollte einfach absichern, dass für den Fall dass man zum Zug kommen würde, dass man da ein Parkhaus wollen würde, dass da schon das nötige Recht vorhanden wäre. Es geht um das Recht, dass man den Untergrund nutzt, es geht also nicht um eine Überbauung. Aber es ist eigentlich nur auf Vorrat.

Peter Spescha, SP erwidert, dass dies aber hinfällig wird, wenn die Gebäude gebaut werden.

Karin Sigrist, Finanzreferentin erklärt dass man zwar momentan keinen Architekten auf der Seite hat, aber wäre denkbar, wenn Tiefgarage besteht, dass man darauf einen Durchbruch macht und diese ausweitet.

Ruht Wildberger, SP fügt an, dass dies ohne weiteres möglich sei.

Sönke Bandixen, Stadtpräsident erklärt weiter, dass kein konkreter Plan besteht. Es handelt sich dabei um einen vorbehaltenen Entschluss, welchen sich der Stadtrat einfach als Option in diesem Vertrag drin haben wollte.

Einwohnerratspräsident René Schäffeler bedankt sich für die Voten und fragt nach weiteren Wortmeldungen.

Markus Vetterli, SP äussert eine kleine Bitte an den Stadtrat. Er findet es im Hinblick auf den Abstimmungskampf ein bisschen schwierig, wenn da steht „Kreditantrag über eine Million“, weil eigentlich geht es ja aus der Sicht von Stein am Rhein um eine sehr vorteilhafte Sache. Man stellt Land zur Verfügung und man muss nicht mal das Land hergeben, es handelt sich ja nur um einen Baurechtsvertrag. Man bekommt Geld und die Leute erfüllen damit eine öffentliche Aufgabe. Herr Vetterli hat den Eindruck. dass das ein kommunikativer Stolperstein sein könnte, da gewisse Leute vielleicht meinen könnten, Stein am Rhein wolle sich da wieder um eine Million verschulden. Er bittet darum, dass da sehr clever kommuniziert wird.

Einwohnerratspräsident René Schäffeler dankt für den Hinweis. Er bemerkt, dass keine weiteren Voten mehr gewünscht sind und schreitet somit zur Abstimmung. Über die einzelnen Anträge des Stadtrates wird einzeln abgestimmt.

Abstimmung

1. Die Abtretung von ca. 3'520 m^2 Land im Baurecht im nordöstlichen Teil des Fridau-Areals auf den Parzellen 282/283/284 an die gemeinnützige Genossenschaft Alterswohnungen Stein am Rhein für die Erstellung von 25 bis 30 Wohnungen für begleitetes Wohnen und der damit verbundene Baurechtsvertrag wird genehmigt.
(Zitat Antrag Baurechtsvertrag)

Der Antrag wird mit 13 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei einer Enthaltung angenommen.

2. Der von der Baurechtsnehmerin zu bezahlende Baurechtszins wird auf der Grundlage eines gemässigten Landwertes von 75% des erzielbaren Landwertes von Fr. 382.00/m^2 auf Fr. 286.50/m^2 (Landwert Fr. 1'008'480.00) festgesetzt.

(Zitat Antrag Baurechtsvertrag)

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Einwohnerratspräsident René Schäffeler weist daraufhin, dass die Vorlage dem obligatorischen Referendum der Gemeindeverfassung unterliegt. Er bittet den Stadtrat, diese Vorlage bis Juni vors Volk zu bringen.

Sönke Bandixen, Stadtpräsident bestätigt, dass die Vorlage auf die Abstimmung Ende Mai vors Volk kommen soll.

Mitteilung an
mit Protokollauszug
- Ablage

Extranet
- Einwohnerrat
- Stadtrat
- Bereichsleiter

ERZIEHUNG, Allgemeines, Schule allgemein **01.00.010**

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat **03.20.000**

7. Genehmigung Einrichten der Schulsozialarbeit auf den 1. August 2017 und Kreditbewilligung 3

Corinne Ullmann, Bildungsreferentin begründet den Antrag des Stadtrates folgendermassen:
Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident, sehr geehrte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte

Die Anstellung eines SSA ist eine langjährige Geschichte, welche leider 2012 bereits einmal vom SR abgelehnt wurde. Ich bin sehr froh, dass dieses Thema wieder aufgenommen und vom SR 2016 unterstützt wurde, sodass wir heute ein Konzept vorliegen haben.
In den vergangenen Jahren hat der Anteil der Schule am erzieherischen Auftrag sehr stark zugenommen. Kinder und Jugendliche tragen ihre Unsicherheiten und Schwierigkeiten vermehrt in die Schule. Gerne möchte ich Ihnen als Beispiel einen aktuellen Fall der Steiner Primarschule berichten. Es geht um sexuelles Mobbing in der 3. Unterstufe. D.h. die Kinder sind zwischen 7-9 Jahre alt. Betroffen sind die Opfer, die Täter, alle Klassenkameradinnen und Kameraden und natürlich die Eltern. Nicht vergessen darf man die Lehrpersonen, die Schulleitung und die Schulbehördenmitglieder, welche in einem solchen Fall ebenfalls psychisch sehr belastet sind. In diesem Fall war sogar der Schulpräsident stark gefordert und musste schwierige Gespräche mit Eltern führen, was nur auf Grund seiner beruflichen Erfahrung im Beratungsbereich möglich war. In einem nächsten Schritt, musste die Schule rasch möglichst auswärtige Fachleute anstellen, die nun intensive Klassenbegleitungen durchführen oder auch mit einzelnen Schülerinnen und Schülern oder kleinen Schüler-Gruppen arbeiten. Die Kosten für eine solche Krisenintervention sind jeweils nicht im Budget vorgesehen. Wir rechnen hier mit einer Rechnung in der Höhe von ca. 10 – 15 000 Franken.
Solche Kriseninterventionen sind aber oftmals nicht sehr hilfreich für das wirkliche Problem und das, was dem Problemsymptom dahinter steht. Oder anders gesagt, wir bekämpfen die Symptome, jedoch leider nicht die Ursache. Zudem kommen die Interventionen auch meistens zu spät. Mit einem professionellen Schulsozialarbeiter kann eine Schule frühzeitig und problemgerecht mit abgestufter Konfrontation arbeiten und das ganze Spektrum zwischen geeigneten Hilfsangeboten und den nötigen disziplinarischen Massnahmen ausnützen.

Die Schulsozialarbeit fördert aber auch die sozialen Kompetenzen, den konstruktiven Umgang der Kinder und Jugendlichen und leistet Integrations- und Präventionsarbeit.
Dadurch wird die Schulleitung, die Lehrpersonen und die Schulbehörde entlastet und die Lehrpersonen können konzentrierter ihrem Lehrauftrag nachgehen. Zudem bietet der Schulsozialarbeiter eine direkte Anlaufstelle für Schülerinnen und Schüler, Lehrpersonen sowie Eltern.
Nicht nur Stein am Rhein profitiert von einem Schulsozialarbeiter, sondern auch die umliegenden Gemeinden können nach Möglichkeit dieses Angebot nutzen. Diesen Gemeinden werden die Kosten in Rechnung gestellt. Sehr erfreulich ist, dass sich auch die Gemeinde Hemishofen am Konzept und an den Kosten beteiligen will.
Zur Ausbildung eines Schulsozialarbeiters möchte ich noch folgendes sagen:
Ein Schulsozialarbeiter sollte einen Fachhochschulabschluss in sozialer Arbeit oder gleichwertiges haben. Im Weiteren ist eine abgeschlossene oder in Ausbildung befindliche Zusatzausbildung in Schulsozialarbeit gefordert. Andere psychotherapeutische Zusatzausbildungen zum Beispiel in systemischer Art sind willkommen. Aus diesem Grund ist auch die Einstufung gemäss Anstellungs- und Besoldungsreglement der Einwohnergemeinde Stein am Rhein im Lohn band 14 – 15 richtig und notwendig.
Da der Schulsozialarbeiter eine neutrale Anlaufstelle für die Schüler, Eltern, Lehrpersonen und auch für die Schulleitung ist, ist er personalrechtlich im Bereich Sozialem unterstellt, organisatorisch der Schule.
Ich möchte Sie, geehrte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte bitten, dem Antrag zuzustimmen, vor allem auch unter dem Aspekt, dass die Ausgaben bereits im Budget 2017 (unter Position 221) bewilligt wurden.
Zum Schluss danke ich Ueli Böhni, der Arbeitsgruppe sowie dem Schulpräsidenten Ruedi Rüttimann ganz herzlich für den grossen Einsatz und die Vorbereitungsarbeiten für die Umsetzung des Projektes.
(Zitat C. Ullmann)

<u>Eintreten</u>

Daniel Ochsner, SVP begrüsst die Anwesenden. Die Tatsache, dass die Schule in den letzten Jahren neben dem Bildungsauftrag auch immer mehr Erziehungsaufgaben wahrnehmen muss, da es immer mehr Schülerinnen und Schüler hat, welche soziale oder familiäre Probleme haben, welche sie in der Schule austragen, stellt die Lehrpersonen vor Grosse Herausforderungen. Darum ist, wie man dieser Vorlage entnehmen kann, eine Person, die diese Kinder betreuen kann, sicherlich angebracht. Was für die Fraktion und auch für Herr Ochsner persönlich wichtig ist, ist dass die Person unabhängig ist und objektiv an diese Sache herangehen kann, die Situation beurteilen kann und geeignete Massnahmen sprechen kann. Darum ist die bürgerliche Fraktion für Eintreten.

Einwohnerratspräsident René Schäffeler bedankt sich für das Votum und übergibt Frau Dean das Wort.

Cornelia Dean, SP hält das Eintretensvotum für die SP Fraktion:
Sehr geehrte Anwesende

Mit grosser Freude darf ich heute die Vorlage Schulsozialarbeit vertreten.
Da ich selbst SSA an der Berufsschule Winterthur bin, ist es mir sehr wichtig, dass dieser äusserst wichtige Dienst an den Schulen Stein am Rhein endlich, so hoffe ich, ab Sommer 2017 installiert werden kann.

Ich gehe davon aus, dass sich alle Räte mit dem uns vorliegenden Konzept SSA auseinander gesetzt haben und möchte auf dieses nicht mehr weiter eingehen, da es für mich ein fachliche durchdachtes und umsetzbares Konzept ist, das alles aussagt über den Bedarf der SSA.

Die psychosozialen Umstände, damit meine ich Scheidungen, häusliche Gewalt, Missbrauch, Sucht in der Familie, psychische Probleme der Eltern, finanzieller Druck in der Familie usw. sind für unsere Kinder und Jugendlichen zum Teil sehr schwierig und zeigen sich in ihrem Sozialverhalten und ihren schulischen Leistungen wieder. Ganze Laufbahnen von Menschen können zerstört werden wenn in der wichtigen Zeit der Entwicklung und gerade auch in der Pubertät die professionelle fachliche Unterstützung fehlt. Nach meiner langjährigen Erfahrung weiss ich, dass sich diese Problematiken durch alle sozialen Schichten und Kulturen ziehen.

Die Lehrpersonen oder die Schulleitung sind nicht die richtigen Fachpersonen um auf diese z.T. sehr komplexen Problematiken einzugehen und es gehört nicht zu ihren Aufgaben persönliche Probleme der SchülerInnen zu lösen. Sie haben auch nicht die Ausbildung dazu, dazu gibt es professionell ausgebildete Fachpersonen. Die Gesellschaft fokussiert sich immer mehr auf die Schule, denn die Ansprüche in der Berufswelt nehmen zu, der Leistungsdruck steigt stetig. In der Schulzeit wird die Basis für die Zukunft gelegt und das immer früher.

Die SSA ist eine präventive Massnahme und wie jede Prävention kostete es zuerst Geld. Nach dem heutigen Wissenstand über Pädagogik und mit einer gezielten professionellen Begleitung ist es möglich den jungen Menschen Leid zu ersparen. Dies sehe ich auch als einen Auftrag der Gesellschaft an unsere Kinder. Für die Gemeinden kommt es unter dem Strich viel teurer wenn psychosoziale Probleme nicht frühzeitig erkannt und behandelt werden. Es können enorme Kosten entstehen wenn jemand von Sozialabgaben leben muss und ebenso generieren diese Personen oft hohe Gesundheitskosten. Dieser Kostenfaktor muss man sehr genau anschauen! Der Kanton Zürich z.B. hat dies schon vor Jahren erkannt und unterdessen besteht die SSA flächendeckend im ganzen Kanton.

Ich bitte sie aus all diesen Gründen für unsere Kinder zu stimmen und die SSA in Stein am Rhein einzuführen. [Die SP Fraktion ist für Eintreten.] (Änderung B.S.)

Vielen Dank!
(Zitat C. Dean)

Einwohnerratspräsident René Schäffeler bedankt sich für die Eintretensvoten und übergibt Herr Waldvogel von der dritten Fraktion das Wort.

Marcel Waldvogel, parteilos begrüsst die Anwesenden. Er dankt seinen beiden Vorrednern, welche das Meiste schon gesagt haben, darum will er dazu auch nur noch ganz wenig sagen. Eltern geben immer mehr ab oder sie haben so viel anderes zu tun, dass sie sich eben nicht darum kümmern können. Es gibt immer weniger Zusammenarbeit mit den Lehrern und es hat sich in den letzten Jahrzehnten vor allem in die Richtung entwickelt, dass Eltern häufig mehr auf Konfrontation gehen als auf eine Zusammenarbeit mit den Lehrern. Dazu kommt auch, dass sich die Schülerinnen und Schüler nicht an die Regeln halten können. Es kann nicht sein, dass Lehrer immer noch mehr in diese Richtung leisten müssen, sondern diese Beziehung zwischen Schülern, Lehrern und Eltern soll davon entlastet werden. Es wäre natürlich besser, wenn das wieder mehr auch von den Eltern übernommen werden könnte, diese Vorstellung ist aber eher illusorisch und auch darum ist die dritte Fraktion dafür, dass ein entsprechender Schulsozialarbeiter eingeführt wird. Die dritte Fraktion ist für Eintreten.

Herr Schäffeler bedankt sich für die Voten. Da keine weiteren Wortmeldungen gewünscht sind, fährt man mit der Detailberatung fort.

<u>Detailberatung</u>

<u>S. 3</u>
Werner Käser, FDP hat eine allgemeine Bemerkung zum Thema:
Die vergleichsweise hohe Lohnstruktur der Steiner Verwaltung wurde in der Vergangenheit

immer wieder einmal thematisiert. Diese zu durchbrechen, bräuchte es ein neues Personalgesetz. Da dies ein schwieriges Unterfangen ist, und zudem die Besitzstandsgarantie für die heutigen Mitarbeitenden gilt, reden wir von einem weiten Zeithorizont. Umso wichtiger ist es, dass wir dort, wo es möglich ist, nämlich bei neu zu schaffenden Stellen, Zurückhaltung üben.
Ich verzichte auf den konkreten Antrag, empfehle aber dem Stadtrat, im Namen der bürgerlichen Fraktion ganz dringend, wenn immer möglich eine Bewerberin oder einen Bewerber im Lohnband 14 einzustellen.

Ruedi Vetterli, parteilos möchte auf das Votum von Herrn Käser antworten. Er erläutert, dass er auch als Schulsozialarbeiter tätig ist. Er freut sich, wenn man sparen will und die Stadt hat hier in den letzten Jahren auch ein wenig gesündigt, das wissen alle, aber was man nicht vergessen darf ist, dass der Markt für gute Schulsozialarbeiterinnen und –Sozialarbeiter nicht üppig ist. Das ist der erste Punkt. Der zweite Punkt ist folgender: bei einer Teilzeitstelle wie dieser, welche mit 60% angegeben ist, er selbst hat ein 40% Pensum, dabei handelt es sich noch um eine kleinere Schulgemeinde, da heisst es aber trotzdem, man ist 40% angestellt, hat 40% Arbeitszeit, 40% Lohn, aber 100% Pikett. Da muss man zuerst jemanden finden, der das machen will. Das muss man auch berücksichtigen, wenn man daran denkt. Es gibt noch andere solche Punkte. Wenn jemand solches an eine neue Schule kommt, wo er der einzige ist, dann kann er sich nicht stützen oder mit jemandem zusammenschliessen. Dann ist er alleine. Das muss man dann auch können und das muss jemand sein, der wirklich kompetent ist. Und darum rät er dem Stadtrat, nicht wegen einem Lohnband allzu grosse Anstrengungen zu unternehmen, welche das Risiko bergen, dass am Ende jemand den Zuschlag bekommt, der eben nicht gut ist, zumal man ja mit dem Lohn durchaus im Durchschnitt sind mit den anderen Gemeinden und hier nicht überhöht sind. Er rät dem Stadtrat an, hier Zurückhaltung zu üben. Herr Vetterli bedankt sich.

Einwohnerratspräsident René Schäffeler bedankt sich für den Hinweis und gibt das Wort wieder an Herrn Käser.

Werner Käser, FDP erklärt, dass er die Argumente von Herr Vetterli voll und ganz nachvollziehen kann. Aus diesem Grund hat man auch auf einen konkreten Antrag verzichtet.

Einwohnerratspräsident René Schäffeler bedankt sich bei Herrn Käser für die Erläuterungen und fährt mit der Detailberatung fort.

S. 4
Marcel Waldvogel, parteilos hat eine Frage zu den Kosten: Wie genau setzen sich diese Fr. 13'000.- für Büro und EDV zusammen? Ist das ein Büro Neubau, oder was hat man da zu erwarten?

Corinne Ullmann, Bildungsreferentin verneint das. Sie gesteht ein, dass man das eigentlich noch überhaupt nicht weiss. Man muss sich nun zuerst mal im Klaren werden, wo man den Schulsozialarbeiter hintun soll, wenn er bewilligt ist. Man hat ja sehr enge Raumverhältnisse. Es gibt natürlich gewisse Sachen, die der neue Mitarbeiter dann einfach haben muss. Er braucht ein Büro, vielleicht muss man da dann auch etwas anmieten extern, oder man muss sicher einen Computer, Telefon etc. bereitstellen, aber ob das nun Fr. 13'000.- sein werden ist nicht klar. Vielleicht wird man auch mit Fr. 3'000.- auskommen. Das ist im Moment noch nicht beantwortbar.

Claudio Götz, Pro Stein spezifiziert, dass es sich dabei demnach um ein Kostendach handelt.

Corinne Ullmann, Bildungsreferentin bestätigt das. Sie erläutert, dass probiert wird, dass der neue Mitarbeiter irgendwo im Schulhaus oder in der Nähe der Schule untergebracht werden kann. Es sind keine baulichen Massnahmen geplant. Es sollte einfach die nötigen Kosten wie EDV, Telefon etc. abdecken.

Einwohnerratspräsident René Schäffeler schliesst die Detailberatung, da keine weiteren Voten mehr gewünscht sind. Herr Schäffeler verliest die Anträge. Wiederum wird zu jedem Antrag einzeln abgestimmt.

Abstimmung

1. Auf den 01. August 2017 wird an den Schulen von Stein am Rhein die Schulsozialarbeit eingeführt.
(Zitat Antrag)

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

2. Für die Schulsozialarbeit wird eine neue Stelle mit einem Pensum von 60 % bewilligt, die in der Lohnklasse 14/15 eingereiht ist.
(Zitat Antrag)

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

3. Die jährlichen Folgekosten von zurzeit CHF 62‘500 sowie die einmaligen Kosten von CHF 13‘000 werden genehmigt.
(Zitat Antrag)

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

4. Dem Stadtrat wird ermächtigt, mit der Gemeinde Hemishofen den entsprechenden Zusammenarbeitsvertrag abzuschliessen mit einem Kostenschlüssel, der auf der Anzahl Schülerinnen und Schüler basiert.
(Zitat Antrag)

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Herr Schäffeler merkt an, dass diese Zusammenarbeit doch auch mit Ramsen und Buch ermöglicht werden soll, auch im Bereich der Primarschule und des Kindergartens.

Corinne Ullmann, Bildungsreferentin erwidert, dass das schon in Arbeit ist.

Einwohnerratspräsident René Schäffeler bedankt sich.

Mitteilung an
mit Protokollauszug
- Ablage

Extranet
- Einwohnerrat
- Stadtrat
- Bereichsleiter

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat **03.20.000**

VERKEHR, Allgemeines, Gesamtverkehrskonzeption **09.00.010**

8. Orientierungsvorlage Verkehrs- und Parkplatzkonzept 4

Einwohnerratspräsident René Schäffeler fährt fort mit der vierten Vorlage. Hierbei handelt es sich um eine Orientierungsvorlage zum Verkehrs- und Parkplatzkonzept, heisst, darüber wird nicht abgestimmt.

Sönke Bandixen, Stadtpräsident begrüsst die Anwesenden. Er führt aus, dass den Anwesenden ein 46 Seiten umfassender Bericht zum Verkehrs- und Parkplatzkonzept in Stein am Rhein vorliegt. Es ist in dem Sinne nicht ein neuer Bericht, sondern er basiert auf zwei bisherigen Konzepten aus der Vergangenheit, nämlich 1997 und das Parkplatzkonzept 2000. Der Bericht bewertet, welche Arbeiten damals gemacht worden sind in Stein am Rhein und auf welchem Weg dass man hier unterwegs ist. Die Analyse dieses Berichts zeigt, dass die bestehenden Konzepte aus 1997 und 2000 im Wesentlichen umgesetzt werden konnten. In Bilanz und Schlussfolgerung des Berichts, Herr Bandixen geht hier davon aus, dass alle den Bericht vorliegen haben und Kenntnis davon haben, haltet das Verkehrskonzept fest, dass die Steuerung der Verkehrsflüsse in Stein am Rhein mit den Durchgangsachsen und den Quartierachsen im Ausmass der Signalisation voll ausgeschöpft ist. Im speziellen wird festgehalten, dass praktisch alle Wohnquartiere des Städtchens heute verkehrsberuhigt und mit einem Fahrverbot für Ausnahmen, Zubringer und Anwohner belegt sind. Das ist eine wesentliche Änderung zu früher. Die Erreichbarkeit vom Stadtzentrum für Besucher und Kunden bleibt gewährleistet. Es ist allerdings festzustellen, dass ein Parkplatzsuchverkehr nach wie vor vorhanden ist. Bei der Parkierung sind folgende Schwerpunkte festzuhalten:
Die heute vorhandener Privilegierung von Bewohnern, Gewerbetreibenden und Beschäftigten in der Altstadt mittels vergünstigten Parkscheiben und Parkkarten hat sich bewährt. Das Parkplatzangebot insgesamt in der Stadt und auf dem Gemeindegebiet ist in quantitativer Hinsicht ausreichend und deckt den grössten Teil des Jahresbedarfs ab. Man weiss, dass man Spitzenbesuchertage hat bei Grossveranstaltungen, wo jeweils Sonderparkplätze zur Verfügung gestellt werden müssen, welche auch zur Verfügung gestellt werden können. Hingegen muss man festhalten, was der Bericht auch klar darlegt: Die geografische Verteilung der Parkplätze ist nicht optimal, insbesondere im südlichen Stadtteil, das heisst auf der Rheinsüdseite besteht ein Parkplatzdefizit.
Im Bereich des Langsamverkehrs, respektive der Veloparkplätze, gab es einen wesentlichen Ausbau des Angebots, wo auch die Veloparkplätze ergänzt wurden. Somit hat man heute einen guten Stand erreicht. Ein Punkt, wo ein Handlungsbedarf besteht, ist auch behandelt im Bericht und dabei handelt es sich um die Organisation der Carparkplätze. Man hat zu viele, zu breite und zu nahe Carparkplätze an der Stadt. Das ganze könnte mit sogenannten Ein- und Ausstiegslinien und aussen gelegenen Parkplätzen eventuell anders gelöst werden, was wieder Platz geben würde für wesentlich mehr Fahrzeuge, wenn man das will, oder auch für andere Nutzungen.
Im Allgemeinen lässt sich aber feststellen, dass die Parkplätze zwar in quantitativer Hinsicht genügend sind, aber in qualitativer Hinsicht ungenügend sind. Speziell auf der Nordseite des Rheins, also bei den Parkplätzen Nord und West praktisch alle Parkplätze auf Provisorien. Diese Autos stehen auf Wiesen, auf Kies oder auf mehr oder weniger geteerten Plätzen. Aber eigentlich definitive Parkplätze mit entsprechender Infrastruktur sind trotz allem nicht vorhanden. Der Bericht weist darauf hin, dass das Möglicherweise ein Hinweis darauf ist, das die unmittelbar bevorstehenden Parkhäuser vielleicht doch noch kommen in Stein am Rhein und dass man deswegen trotzdem nochmals sagt, dass man die Provisorien nochmals weiter zieht. Aber alle wissen, dass man seit 35 Jahren in diesem Zustand ist und dass auch da ein Handlungsbedarf besteht. Mit dem vorliegenden Bericht, welcher ein aktualisiertes Verkehrs- und Parkplatzkonzept umfassend beschreibt und darlegt sieht der Stadtrat die Forderungen des Postulates Spescha als erfüllt an. Dieses Verkehrs- und Parkplatzkonzept erachtet der Stadtrat als ein umfassendes Konzept, welches für weitere Verkehrs- und Parkierungsmassnahmen in Stein am Rhein als Guideline gelten soll und kann. Es ist aber auch ein wichtiges Instrument, um die finanziellen und strategischen Entwicklungen der Stadt Stein am Rhein im Bereich Infrastruktur voranzubringen und dient somit als Basis für eine Stadtentwicklungsplanung. Der Stadtrat beabsichtigt, diesen Bericht als Basis für die Planung auch für die anstehenden Legislaturziele beizuziehen. Herr Bandixen dankt den Zuhörern.

Eiwohnerratspräsident René Schäffeler bedankt sich bei Herr Bandixen für die Erläuterungen und übergibt das Wort an Herr Leu.

Beat Leu, FL führt aus, dass der Bericht zwar sehr ausführlich ist, aber nichts Neues aussagt. Die Situation in Stein am Rhein kennen alle und es ist so, wie es halt ist. Ihm stellt sich nun die Frage der Massnahmen, welche im Bericht stehen und welche auch zusammengestellt wurden: Welche Schlüsse zieht der Stadtrat nun daraus und vor allem, in welchem Zeitrahmen will man das machen? Es wurde erwähnt, dass man das in dieser Legislatur machen wolle. Vorhin wurde aber auch von 35 Jahren geredet. Das ist aber ein wenig mehr als eine Legislatur. Gibt es denn konkret einen Projektplan oder einen Zeithorizont? Welche Massnahmen will man erstellt haben und vor allem, welche Massnahmen sind prioritär oder eben weniger prioritär, was auch wieder mit der Finanzierung zu tun hat? Hat sich der Stadtrat hierzu schon Gedanken gemacht?

Sönke Bandixen, Stadtpräsident antwortet aus das Votum von Herr Leu. Er erklärt, dass die 35 Jahre der Rückspiegel waren, das waren die letzten 35 Jahre. Zur Beantwortung der Fragen: Bei dem Bericht handelt es sich nicht um einen Bericht des Stadtrates, dabei handelt es sich um eine Sicht von aussen eines Planungsbüros, welches aufgeboten wurde, um dem Stadtrat eine aktuelle Sicht auf den Ist-Zustand und vom Handlungsbedarf von möglichen Optionen zu geben. Das heisst nicht, dass der Stadtrat das genauso übernimmt. Der Stadtrat nimmt diesen Bericht als Basis, um eine eigene Planung und vor allem auch eigene Prioritäten festzulegen. Der Stadtrat ist sich bewusst, dass der Verkehr und die Parkierung sowieso ein wichtiges Thema sind. Man muss es aber im Gesamtrahmen einer Stadtentwicklung sehen, insbesondere auch von der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt. Darum ist der Stadtrat heute nicht in der Lage, über Prioritäten und Stossrichtungen Auskunft zu geben, wie das im Gesamtbild gemacht werden soll. Herr Bandixen erinnert daran, dass er angekündigt hat und das auch so geplant hat, dass der Stadtrat sich am 3. und 4. März in einer Klausurtagung speziell mit den Themen von Prioritäten und Stossrichtungen auseinandersetzen will und im Zuge dessen dann bei der Ausformulierung der Stossrichtungen und bei der Festlegung von Zielsetzungen kann vielleicht etwas zu diesem Thema gesagt werden. Herr Bandixen will aber klar sagen, dass es nicht das Ziel Stadtrates ist, sämtliche Problemfelder der Stadt Stein am Rhein in einem 46 Seiten langen Bericht bearbeiten zu lassen, danach alle Massnahmen und Vorschläge auf eine Liste zu packen und dann zu sagen, dass man genau diese macht. Das wird es nicht geben. Aber man will ein Portfolio machen, wo der Stadtrat selbst beraten wird, was dringend und wichtig ist und was nicht und wenn im Verkehrsbereich ein Handlungsbedarf ist, dann wird dieser Bericht zugezogen, da es hier sehr vernünftige Sachen drin hat, die man umsetzen kann.

Beat Leu, FL dankt Herr Bandixen für seine Ausführungen.

Markus Vetterli, parteilos äussert sich zum Verkehrskonzept. Es tut ihm leid, dass sein erstes längeres Votum im Einwohnerrat sehr kritisch ausfällt:
In vielen Details finde ich das Verkehrskonzept im pragmatischen Sinne durchaus sinnvoll, wie verschiedene erwähnte Punkte zeigen. Trotzdem löst es bei mir in seiner fast total fehlenden Zukunftsorientierung starke Bedenken aus [gerade wenn man an das Postulat Spescha denkt] (Änderungen B.S.):
Peter Speschas Postulat-Punkt 5 wird nicht eingelöst: Es wird kein fundierter Blick in die Zukunft geworfen: kein einziger Zukunftstrend in diesem Umbruchsbereich Verkehr wird aufgegriffen:

- *„E-Mobilität“ (Ladestationen, Privilegierung E-Fahrzeuge): fehlt.*
- *„kombinierter Verkehr“ (Mobility/ Car sharing, (Gratis-)Leihvelos für Touristen) etc. kommen nicht vor, dabei ist die Verschmelzung der Verkehrsträger zu einem Gesamtsystem ein bereits laufender Trend!!!*
- *Es wird auch kein Versuch gemacht, die Verkehrsmittel in einer Gesamtschau und v.a. mit Gesamtzielen anzuschauen, sondern Ziele gibt es nur für einzelne Verkehrsträger. Dabei: Unterwegs sind immer Menschen mit einem bestimmten Zweck, und nicht Autos,*

Velos, etc. Ein „ganzheitliches“ Konzept müsste m.E. von diesem Ansatzpunkt ausgehen!

- *Wichtig: selbst fahrende Fahrzeuge als Trend fehlt: Sie werden den Privatverkehr wie den öffentlichen Verkehr (selbst fahrender Ortsbus!) innert der nächsten 10-20 Jahre revolutionieren. Gemäss Experten führt dies zur Verschmelzung von öV und MIV: Bsp: Aussteigen am Undertor, das Auto parkiert sich selbst. Oder: am Bahnhof auf ein selbstfahrendes Taxi umsteigen, dieses im Städtli den nächsten Nutzern überlassen, etc. → Gefahr: neue Parkhausbauten falscher Art am falschen Ort, die veralteten Konzeptionen entsprechen.*
- *Ein ganzheitliches Verkehrskonzept müsste auch in Verbindung mit einem Tourismuskonzept (Ziel: mehr Übernachtungs-, weniger Tagestourismus) gedacht werden und ist ein Hauptansatzpunkt für mehr sanften Tourismus und Ferientourismus.*

Zum öff. Verkehr: Die Chancen des Halbstundentakts nach Zürich für mögliche Verlagerungsziele oder neue Angebote bleiben unbesehen: z.B. Railaway-Angebote für Stein am Rhein mit der SBB. Eine Analyse, was dieses neue Angebot – nebst den Vorteilen – aus Steiner Sicht bringt, und wo Optimierungen angestrebt werden sollten, müsste erfolgen. Das Verkehrskonzept ist total privatverkehrs-lastig in seinem Detaillierungsgrad: öV muss im selben Detailgrad analysiert werden (z.B. Knoten/Anschlüsse Stein am Rhein, wenn Seelinie 0.15/.45 fährt?

- *Speziell: Stein am Rhein bleibt – als Regionalzentrum für bald einmal 10'000 Leute - von jeder schnellen öV-Verbindung abgeschnitten. Für mich ist die Gründung einer IG für die Weiterführung der neuen Regio-Schnellzüge St.Gallen-Kreuzlingen/Konstanz über Stein nach Schaffhausen-Basel ein wichtiges Anliegen. Ebenso müsste später eine schnelle S-Bahn auf der Winterthurerstrecke ein Thema sein.*

PP-Gebühren haben Lenkungspotential und Gewerbeförderpotential, z.B. erhöhte Gebühren, mit entsprechender Rabattwirkung bei Kauf oder Konsumation im Städtli: Wer nur Lärm und Platzverbrauch bringt und keinen Umsatz für die Regionalwirtschaft, soll nicht belohnt werden.
Die 80 Gratis-Parkkarten für städt. Angestellte wären m.E. auch zu diskutieren: entspricht nicht der modernen Art, wie Firmen ihre PP bewirtschaften.

Fazit: Das Verkehrskonzept ist eine teure Ingenieurarbeit von sehr bescheidener Qualität. Ich würde dem Stadtrat empfehlen, mit einem Büro zusammenzuarbeiten, das nicht einfach gedanklich die Vergangenheit von 1997 verlängert. Und vor allem: genau hinzuschauen, bevor wichtige Pflöcke eingeschlagen werden sollen.
Das Abschreiben des Postulats lehne ich ab.
(Zitat M. Vetterli)

Nadja Spalinger, parteilos stimmt Herr Vetterli zu. Sie möchte seine Beobachtungen unterstreichen mit gewissen Fakten. Ramsen hat zwei Aufladestationen für Elektroautos, Diessenhofen hat zwei Stationen, Steckborn hat ebenfalls zwei Stationen und in diesem Plan sind die Elektroautos nicht mal erwähnt. Man spricht also nicht nur von einer fehlenden Zukunft, sondern auch von einer fehlenden Gegenwart.

Einwohnerratspräsident René Schäffeler dankt für die Voten und fragt nach weiteren Wortmeldungen.

Claudio Götz, Pro Stein äussert sich zu Massnahmen im Veloverkehr im Bereich der Hemishoferstrasse. Dazu äussert er die Bemerkung, dass die Sicherheit der Velofahrer auf der Hemishoferstrasse durch die kürzlich erfolgte Neugestaltung der Kernfahrbahn verbessert worden ist. Das mag vielleicht sein, seine Beobachtung als Autofahrer und Velofahrer auf dieser Strasse zeigen aber etwas anderes. Man nimmt primär die Velofahrer als Prellböcke für die Autofahrer und es ergeben sich im Speziellen bei der Verkehrsinsel Schwemmgraben enorm gefährliche Situationen, wo man nämlich nicht sieht, dass da eine Verkehrsinsel kommt, wenn man da ansetzt zum Überholen und plötzlich vor einer Verkehrsinsel steht. Der Velofahrer ist aber immer noch rechts nebenan. Auf der anderen Seite ist das Rothus, da hat man den

Veloweg über eine Wiese gelegt und auf der anderen Strassenseite hat man ihn auf der Strasse gelassen. Die Strasse wurde aber nicht breiter und wenn da ein Car kommt und im schlimmsten Fall kreuzt noch ein anderer Car und dann ist noch im Sommer eine Familie auf der Strasse mit zwei Kindern in der Mitte der Eltern, dann wird es da sehr gefährlich. Er kann hier nur anregen, dass man da eine bessere Lösung findet. Zudem auch mit diesem Velostreifen über die Wiese Begehrlichkeiten geweckt worden sind, dass auch Fussgänger manchmal da durch laufen, was wahrscheinlich nicht so angedacht ist. Es gibt sogar auch Fussgänger, die auf der Strasse auf dem Radstreifen entlang der Stadtgartenmauer laufen und das ist auch nicht wirklich sinnvoll und gewünscht. Er bittet den Stadtrat darum, dies entsprechend zu berücksichtigen.

Cornelia Dean, SP begrüsst die Anwesenden. Auch sie erklärt, dass sie den Bericht gelesen hat und ist genauso enttäuscht, wie viele. Dieser Bericht hat überhaupt kein Fleisch am Knochen. Es handelt sich hier um die Vergangenheit und nicht Zukunft. Als Beispiel zeigt Frau Dean auf S. 13 „Gebiet Süd“ auf, vor allem auch weil sie gerade da wohnt. Es wird kurz angedeutet, dass es am Espiweg zu wenige Parkplätze hat. Man hat in Stein am Rhein Süd nun sehr viele Neubauten. Auch im Degerfeld hinten gibt es einen riesigen Neubau. Die SP Fraktion hat immer wieder erwähnt, dass man da hinten ein Problem haben wird, da die Köhlerweid sehr viel Parkplätze zu wenig hat und die ganzen Autos da gestanden sind, wo nun gebaut wird. Das sind übers Wochenende mit den Besuchern manchmal bis zu 20 Autos, welche da einfach am Strassenrand stehen. Das ist jetzt abgesperrt und es ist genau das eingetreten, was immer vorausgesagt wurde: Diese Autos parkieren nun im Quartier Degerfeld. Irgendwo müssen sie ja stehen, man kann ihnen die Luft nicht rauslassen. Leider wurde man nie von irgendjemandem ernst genommen. Es ist noch nie jemand auf die entsprechenden Personen zugekommen Frau Dean wünscht sich eine konkrete Antwort, wie dieses Problem im Degerfeld gelöst werden kann. Frau Dean wäre auch bereit für einen Ortstermin, dass man sich das mal anschauen könnte, auch mit dieser Ansprechsperson der Köhlerweid. Es betrifft alle da hintern. Sie verweist darauf, dass wahrscheinlich auch Herr Marchetto weiss, wovon sie spricht. Es gibt ein paar weisse Parkplätze im Quartier Degerfeld, diese werden nun von der Köhlerweid besetzt, was noch zu einem riesigen Problem werden wird, da es da hinten einfach zu viele Autos hat. Es ist mit keinem Wort erwähnt. Frau Dean nimmt aber an, dass das Planungsbüro schon gewusst hat, wie die genaue Situation in Stein am Rhein Süd aussieht. Aber dieser Problempunkt fehlt Frau Dean, wie auch der Espiweg. Es stimmt schon, es hat zu wenige Parkplätze da, aber es steht ja nicht, wie man das Ganze lösen könnte. Dass es zu wenige Parkplätze hat am Espiweg weiss man schon. Frau Dean fragt nach, wer denn die Ansprechsperson ist und mit wem dass sie mal darüber reden könnte? Sie wäre sehr froh, wenn man da mal zusammensitzen könnte, so dass sie auch den Anwohnern, welche auf sie zukommen, Antworten geben kann. Es muss einfach etwas gehen.

Ernst Bühler, Stadtschreiber will auf das Votum von Frau Dean antworten. Er erklärt, dass Herr Grötchen und er selbst dabei sind, das Postulat von Frau Gruhler Heinzer zu beantworten. Im Rahmen dieser Beantwortung wird dann auch die Situation da im Degerfeld aufgezeigt. Grundsätzlich ist die Degerfelderstrasse eine Sammelstrasse. Sie nimmt der Quartierverkehr auf und entsprechend wir da auch ein Ausbau nötig sein von dieser Strasse, aber mit Verkehrsberuhigung usw. Da ist man nun dabei, dass man diese Massnahmen aufzeigen kann. Es sind auch noch Kreuzungen, die da zu lösen sind, wie auch die Verkehrsführung generell durch das Quartier. Das ganze Thema ist nicht ganz einfach. Es handelt sich hierbei auch nicht nur um Durchgangsverkehr, es ist auch wirklich Quartierverkehr, den man da hinten hat und da muss man auch ganz klar sagen, dass es zum Teil Erschliessungsbausünden sind, die man da gemacht hat. Man hat nicht im Grösseren gedacht, sondern man hat immer gerade objektbezogen geschaut, dass das stimmt. Diese Planung ist eine Aufgabe, die man noch lösen muss. dies wird im Zusammenhang mit der Beantwortung des Postulates von Frau Gruhler Heinzer passieren, welches auf die nächste Sitzung geplant ist. Da wird man dann mehr dazu sagen können. Er bietet Frau Dean an, dass sie aber auch auf ihn zukommen kann, wenn sie noch weitere Fragen und Anregungen hat.

Cornelia Dean, SP bedankt sich bei Herr Bühler für das Angebot.

Sönke Bandixen, Stadtpräsident zeigt sich dankbar für die verschiedenen Hinweise und Anschlusspunkte bezüglich dieses Konzeptes. Er macht aber auch darauf aufmerksam, wenn erwartet wurde, dass man eine fertige Planungsvorlage bekommen wird, wie die Stadt Stein am Rhein in 10 Jahren mit Verkehr und Parkierung aussehen soll, dass die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte dann falsch liegen, da das nicht der Auftrag war. Man hat das Anrecht darauf, dass man zukunftsgerichtete Visionen aus dem Konzept nehmen kann, aber erst dann, wenn man weiss, in welchem Zusammenhang der Verkehr mit anderen Entwicklungen in Stein am Rhein steht. Das hat Herr Bandixen auch schon vorher erwähnt. Er verweist darauf hin, dass der Stadtrat intensiv daran arbeitet und auch in Kürze damit an die Öffentlichkeit, respektive an den Einwohnerrat kommen wird, damit man Optionen vorlegen kann, was denn auch wirklich geht und was wann auch macht. Dass man Elektromobilität oder die unbemannten Fahrzeuge miteinbeziehen will, kann man sicher machen, Herr Bandixen ist sich aber nicht sicher, ob das im Moment auf der Prioritätenliste allzu weit oben erscheint. Somit hat es auch keinen Sinn, das alles gross und im Gesamten in ein grosses Konzept zu packen. Die groben Probleme, welche übrigens auch von Google Earth aus erkennbar sind, von über 25km Höhe aus dem Satelliten ist, dass man Wiesen und Felder nutzen, um Autos abzustellen, wo früher Wiesen Spielplätze waren, wo früher Kinder gespielt haben oder wo Obstgärten waren. Heute stehen da Autos. Sonst hat sich nichts geändert. Aber das ist es. Alle fünf Jahre wird eine neue Wiese gemacht. Die letzte war der Schwemmgraben. Das wurde einfach nur ein Parkplatz. Das sind einfach die offensichtlichen Probleme, die man hat. Die werden immer vorausgeschoben und sind ungelöst. Diese Probleme gilt es anzuschauen und eine Lösung zu finden und zwar so, dass man diese auch zahlen kann. Genau an diese Aufgabe geht der Stadtrat ran. Man ist aber froh um alle Hinweise und man weiss, dass man in der Stadtentwicklung im Moment zwei verschiedene Geschwindigkeiten hat. Man hat eine Geschwindigkeit Nord und eine Geschwindigkeit Süd und die sind deutlich unterschiedlich. Das ist auch eine erhebliche Einschränkung im Planungsbereich. Man ist dabei, auch mit dem Kanton, genau diese Problematik zu betrachten. Man wird dann bei Gelegenheit darauf zurückkommen. Das ist ein Teil des Plans, den sich der Stadtrat vornimmt, aber es gibt andere Sachen, welche genauso wichtig sind.

Peter Spescha, SP dankt den Vorrednern für ihr Votum. Wenn er sich auf sein Postulat bezieht, hat es da einen Punkt „Aufzeigen von zukünftigen Lösungen für das Verkehrsproblem Stein am Rhein“. Davon ist wirklich nicht allzu viel in diesem Bericht drin. Diverse Sachen, die Herr Spescha sich aufgeschrieben hat, wurden schon gesagt, diese will er hier nicht nochmals wiederholen. Ein Beispiel will er aber trotzdem erwähnen, welches in der neuen Version des Berichts als „nicht unmittelbar umsetzbar“ bezeichnet worden ist. Das sind Schliessfächer für Velotouristen. Es gibt im Kanton einen Ort, dort hat es solche Schliessfächer. Diese werden sehr viel benutzt und es funktioniert, das wäre am Rheinfall. Das kommt von Pro Velo, aus diesem Dokument das sie Erarbeitet und dem Stadtrat übergeben haben. Die Idee dahinter wäre eigentlich, dass die Leute ihre Velos und ihr Gepäck vor der Stadt lassen und dann nicht in die Stadt müssen mit allem, wo es sonst schon viele Leute hat. Davon würden viele profitieren: Die anderen Menschen auf der Strasse, die Velotouristen, das Gewerbe und auch das Städtchen selber. Dies ist eigentlich kein grosser Punkt, und trotzdem wurde er als „nicht unmittelbar umsetzbar“ eingestuft.
Weiter will Herr Spescha trotzdem noch erwähnen, dass vor ein paar Jahren die Arbeitsgruppe langsamer Verkehr zusammengerufen wurde. Diese Arbeitsgruppe hat sich Mühe gegeben und hat Offerten eingeholt und Vorschläge ausgearbeitet und diese dem Stadtrat übergeben. Am Anfang startete man mit zwei Projekten. Der Charrengasse und der Hemishoferstrasse. Damit wurde man angehört und die Charrengasse wurde dann auch entsprechend abgeändert nach der Planung, die der Kanton gemacht hat. Sonst wurden aber weiterhin die Arbeiten und Vorschläge dieser Arbeitsgruppe ignoriert. Da hofft Herr Spescha darauf, dass sich der neue Stadtrat diese Sache angehen wird und wie schon gesagt den Verkehr als Ganzes anschaut und auch vor allem das Augenmerk auf heikle Punkte legt. Erwähnt seien hier die Brücke, wie auch die Rheingasse, welche ein Problem darstellen für alle Verkehrsteilnehmer, nicht nur für den langsamen Verkehr. Herr Spescha ist sich im Klaren, dass das nicht von heute auf morgen

lösbar ist. Das ist auch das grosse Problem, aber vielleicht würde es sich trotzdem lohnen, sich da mal ein wenig mehr Gedanken darüber zu machen.

Ruedi Vetterli, parteilos hat eine Bitte an den Stadtrat: Zwar möchte er den Stadtrat bitten, auch wenn er weiss, dass es Sachen gibt, die es eilig haben und die schnell gemacht werden müssen, möchte er doch den Stadtrat paradoxerweise darum bitten, sich Zeit zu lassen. Zwar ist ihm das besonders aufgefallen damals, als man das Leitbild erarbeitet hat. Er macht darauf aufmerksam, dass Personen unter den Zuschauern anwesend sind, die damals auch in dieser Gruppe gewesen sind, und einer der Hauptvorwürfe an die Stadt und an die Politik war immer, dass all die Problemfelder immer einzeln behandelt wurden. Da hat es ein Problem, das wird gelöst, ohne dass man die Gesamtheit betrachtet hätte. Eine Gesamtschau braucht aber einfach Zeit. darum freut er sich schon, wenn er hört, dass der Stadtrat eine Klausurtagung machen will. Natürlich gibt es Sachen, welche eilig sind und wo man nichts verpassen darf, da muss man auch reagieren. Aber es gibt nicht nur bei uns, sondern auch in anderen Ländern immer wieder, dass Probleme zügig, einfach, effizient, aber falsch gelöst werden. Damit soll jetzt aber Schluss sein. Dafür ist jetzt wirklich Zeit und eben darum bittet Herr Vetterli den Stadtrat darum, so paradox es auch klingen mag, dass er sich Zeit lassen soll. Es gibt so viele Sachen, die bei verschiedenen Problemen eine Rolle spielen. Beispielsweise die Rheinufergestaltung, welche ja auch so ein Evergreen ist in Stein am Rhein, da gibt es mittlerweile ganze Bibliotheken mit Protokollen darüber, aber es sieht immer noch gleich aus. Quartierplanung, Altersheim, Alterswohnungen, Wirtschaftsförderung, die Planung des Wohnungsbaus, auch Verkehr und Parkierung gehört hier dazu, auch Elektroautos, Radwege, alles zusammen. Das kann nicht einfach isoliert betrachtet werden. Man muss es auch nicht zu kompliziert machen, aber das gehört alles zusammen und beeinflusst sich gegenseitig. Das braucht halt einfach Zeit und darum soll sich der Stadtrat auch Zeit lassen. Nicht ewig, aber es ist im lieber, wenn man sich Zeit lässt, anstatt dass man wieder irgendetwas wunderbares, tolles und präsentierbares hinknallt, was nachher doch wieder nicht passt, wenn man es später nochmals betrachtet. Das will er nicht mehr. Er bedankt sich fürs Zuhören.

Einwohnerratspräsident René Schäffeler hält dagegen, dass man aber nicht wieder 35 Jahre warten soll.

Ruedi Vetterli, parteilos antwortet, dass er von viel weniger als 35 Jahren redet, aber er will, dass eine Gesamtschau gemacht wird.

Markus Vetterli, SP macht darauf aufmerksam, dass, wenn man Parkhäuser bauen will, was ja anscheinend auch ein Anliegen von Herr Bandixen ist, dass man Parkhäuser für selbstfahrende Autos viel verdichteter bauen kann. Es handelt sich dabei um einen völlig anderen Parkhaustypen. Wenn man nicht schnell dabei ist, kann es sein, dass die Stadt da Oldtimer bauen wird. Nämlich am falschen Ort und auch die falsche Art von Bauten. Da muss man wirklich wahnsinnig aufpassen.

Einwohnerratspräsident René Schäffeler bedankt sich bei den Einwohnerräten für die engagierten Voten. Er macht nochmals darauf aufmerksam, dass es sich hierbei um eine Orientierungsvorlage handelt und dass somit keine Abstimmung stattfinden wird. Es ist aber auch gerade Grundlage für das nächste Traktandum, darum sind dieser beiden auch gleich miteinander verbunden.

Mitteilung an

mit Protokollauszug

- Ablage

Extranet

- Einwohnerrat
- Stadtrat

– Bereichsleiter

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat **03.20.000**

VERKEHR, Allgemeines, Gesamtverkehrskonzeption **09.00.010**

9. Beantwortung Postulat Peter Spescha; Antrag auf Abschreibung 5

Sönke Bandixen, Stadtpräsident fährt gleich fort. Er macht darauf aufmerksam, dass er es vorhin schon erwähnt hat und nun nochmals betonen will. Die Gesamtsicht aus der Vergangenheit heraus und die Aktualität und die Optionen für die Zukunft, die dargelegt sind in über 25 Einzelmassnahmen, betrachtet der Stadtrat als Basis, um sie in einer Gesamtschau für die Themen des Verkehrs für Stein am Rhein in die Entwicklungsplanung aufzunehmen. In diesem Sinne betrachtet der Stadtrat das Postulat von Peter Spescha als erfüllt und bittet um Abschreibung des Postulates.

Einwohnerratspräsident René Schäffeler dankt Herr Bandixen für die Erläuterungen. Auch hier geht es weiter mit dem Eintreten.

Eintreten

Werner Käser, FDP hält die Eintretensrede für die bürgerliche Fraktion. Mit dem vorliegenden Verkehrs- und Parkierungskonzept, wie man es in Traktandum vier zur Kenntnis genommen hat, ist die Anregung von Herr Spescha zwar nicht voll und ganz erfüllt worden, was man vorhin auch ausgiebig gehört hat, aber er ist der Meinung, dass der Stadtrat auf einem guten Weg ist. Darum kann die bürgerliche Fraktion einem Antrag auf Abschreibung zustimmen.

Peter Spescha, SP ergreift das Wort für die SP Fraktion. Er erklärt, dass er eigentlich nicht mehr viel zu sagen hat. Die SP Fraktion ist für Eintreten. Er wird trotz seiner vorhin angebrachten Kritik nicht gegen die Abschreibung seines Postulates stimmen.

Marcel Waldvogel, parteilos hält fest, dass vieles noch unklar ist. Die dritte Fraktion ist aber trotzdem für Eintreten.

Detailberatung

S. 3
Einwohnerratspräsident René Schäffeler erklärt, dass da die Massnahmen aufgeführt sind, die auch im Konzept erwähnt wurden. Man hatte mehr als zwei verschiedene Stände. Es fehlt der Punkt P 8. Herr Schäffeler liest den Punkt ganz kurz vor:
„Attraktivierung und Verbesserung der Bewirtschaftung der Parkplätze durch Befestigung der Flächen (z.B. Asphaltierung) und Markierung der Parkfelder“.
Das geht also auch in die Richtung was Herr Bandixen schon erwähnt hat, dass viele Plätze noch als temporäre Lösung realisiert worden sind. Das Thema ist also aufgegriffen worden, es fehlt einfach hier im Antrag.

Abstimmung

Die Forderung des Postulats von Peter Spescha, es sei ein gesamtheitliches Verkehrskonzept für die Stadt Stein am Rhein zu erarbeiten, ist im Sinne der vorstehenden Ausführungen als erfüllt zu betrachten und das Postulat als erledigt abzuschreiben.
(Zitat Antrag Stadtrat)

Das Postulat wird mit sieben Ja-Stimmen zu fünf Nein-Stimmen bei zwei Enthaltungen als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an
mit Protokollauszug
- Ablage

Extranet
- Einwohnerrat
- Stadtrat
- Bereichsleiter

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat **03.20.000**

03.20.020

10. Beantwortung Postulat Werner Käser; Antrag auf Abschreibung 6

Sönke Bandixen, Stadtpräsident nimmt im Namen des Stadtrates Stellung zum Antrag zur Abschreibung des Postulates Werner Käser:
Bezüglich der finanziellen Einbussen hat der Stadtrat anlässlich der Behandlung des Postulats im Einwohnerrat vom 16.09.2016 Stellung genommen. Diesbezüglich haben sich keine neuen Erkenntnisse ergeben und aus finanzieller Sicht ist die Einführung einer Gratis-Parkierungsstunde und ein genereller Verzicht im Dezember nicht opportun. Nach wie vor ist der Stadtrat der Überzeugung, dass auf die Einnahmen aus der Parkierung nicht verzichtet werden kann. [Man hat eine durchschnittliche Parkdauer von drei Stunden auf der Südseite von Stein am Rhein und zwei Stunden auf der Nordseite. Würde man auf eine Stunde der Parkzeit verzichten, so würde das 35-50% Parkeinbussen ausmachen. Das ist ein gehörig grosser Betrag und der Stadtrat ist der Meinung, dass man darauf nicht verzichten kann.] (Änderung B.S.) Zu viele Infrastrukturaufgaben im Tourismus, die zu einem grossen Teil auch den Gewerbetreibenden im Städtli zugutekommen, müssen aus dem Parkplatzfonds finanziert werden. [Alle kennen die momentane Situation. Der Parkplatzfonds ist praktisch die einzige freie Einnahmequelle, die Stein am Rhein hat und welche man einsetzten kann für den Tourismus.] (Änderung B.S.)Ein Spielraum für einen Einnahmenverzicht besteht keiner.
Die zusätzlichen Abklärungen haben ergeben, dass alle Ticketautomaten bereits ab 50 Rappen Tickets ausgeben, was einer Parkzeit von 20 Minuten entspricht. Alle Sammelparkuhren (max. 2 Std.) geben Zeitgutschriften bereits ab 10 Rappen, was 4 Minuten Parkzeit bedeutet. Zusammen mit der Jahresparkkarte, die für 30 Franken erhältlich ist und mit der die ersten zwei Stunden gratis parkiert werden kann, können Kurzparkierer ohne ins Gewicht fallende Parkgebühren in Stein am Rhein ihre Einkäufe tätigen und andere Geschäfte erledigen. [Das sind gerade mal 10 Rappen pro Tag zum Parkieren.] (Änderung B.S.) Der Ertragsausfall bei einem Verzicht auf diese Gebühren steht in keinem Verhältnis zur Belastung des Einzelnen. [Das gratis Parkieren im Januar ist eine schöne Massnahme, die aber nichts bringt, wenn neun von zehn Restaurants im Januar geschlossen haben. Wieso soll man denn in Stein am Rhein parkieren wollen?] (Änderung B.S.)
Der Stadtrat teilt die Besorgnis über die häufigen Wechsel oder Schliessungen bei den Detailhandelsgeschäften und Gastronomiebetrieben. Aber mit dem Gratisparkieren während der ersten Stunde würden der Stadt im Tourismusbereich wichtige finanzielle Mittel entzogen, die für die touristischen Infrastrukturen und den Unterhalt der Parkplätze fehlen würden. Die Wege sind in Stein am Rhein kurz. Es ist nicht anzunehmen, dass fehlende Kundschaft im Städtchen auf die Parkgebühren zurückzuführen ist.

Der neu gewählte Stadtrat hat die Legislaturziele noch nicht formuliert. Doch sieht er eine hohe Priorität, das Problem der Altstadt umfassend und konzeptionell anzugehen unter dem Leitmotiv „Wohnen und Arbeiten in der Stadt". Das Städtchen muss ein belebter Ort bleiben. In einem „Altstadtkonzept" soll das Thema analysiert und Massnahmen formuliert werden. Nebst dem Gewerbe und der Gastronomie sind auch die Hauseigentümer gefordert, mitzuziehen.
Kurzfristig können der Nudli-Parkplatz und der Parkplatz Undertor-Süd mit Schranken ausgerüstet werden, damit die Aufenthaltsdauer der Besucherinnen und Besucher im Städtchen nicht von der heute beschränkten Parkzeit abhängt. Für den Parkplatz Undertor-Süd ist für die Umrüstung mit Kosten von rund 75'000 Franken zu rechnen. Ein entsprechender Antrag ist in Vorbereitung. Beim Nudli-Parkplatz muss die Marchbarkeit hinsichtlich des Belags (heute Kies) zusätzlich geprüft werden.
Aus den genannten Gründen lehnt es der Stadtrat generell ab, auf Parkgebühren zu verzichten. Er ist offen für Gespräche, die zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Detailhandel und die Gastronomie in der Altstadt beitragen.
(Zitat Antrag Stadtrat)

Eiwohnerratspräsident René Schäffeler bedankt sich bei Herr Bandixen für sein Votum und geht zum Eintreten über.

<u>Eintreten</u>

Werner Käser, FDP erklärt sein Eintreten:
Im Herbst 2016 hat der Einwohnerrat in alter Zusammensetzung mein Postulat „Aktive Wirtschaftsförderung des Einkaufszentrums Altstadt" mit grosser Mehrheit erheblich erklärt. Ein Postulat ist bekanntlich die Anregung, ein Anliegen zu prüfen. Das hat der Stadtrat getan. Leider ist er zum Schluss gekommen. dass die Stadt sich nicht leisten kann, auch nur einen einzigen Schritt auf die Detaillisten und Gastrobetriebe bzw. die Kunden im Städtchen zuzugehen. Das ist sehr bedauerlich, und ich kann mich natürlich von der Antwort nicht befriedigt erklären. Ich verzichte darauf eine Diskussion zu beantragen. Aber ich werde am Ball bleiben und andere Wege suchen, den Niedergang des Marktfleckens Stein am Rhein zu verhindern. Danke.
(Zitat W. Käser)

Peter Spescha, SP erklärt, dass die Beantwortung des Postulates Käser in dieser Art zu erwarten war. Die finanziellen Einbussen wären erheblich und die zu erwartenden Auswirkungen wären minim. Dem Tourismusbereich würden Mittel entzogen werden, auf die man in der heutigen Zeit ganz sicher angewiesen ist. Natürlich gibt es immer wieder Besucher, welche möglichst gratis parkieren wollen. Das sind aber seiner Meinung nach nicht die, die nur schnell einen Einkauf tätigen müssen, sondern solche, die möglich Parkgebühren sparen wollen. Das sind dann eben die, deren Autos man nicht in der Nähe der Altstadt findet, sondern in den Quartieren aussen. Wer nur kurz parkieren will, um etwas in der Stadt zu erledigen, der hat diese Möglichkeit, wie von Herr Bandixen schon ausgeführt wurde. Wie der Stadtrat ist auch Herr Spescha der Meinung, dass es nicht anzunehmen ist, dass fehlende Kundschaft im Städtchen auf die Parkgebühren zurückzuführen ist. Das Problem liegt seiner Meinung nach an einem anderen Ort. Die SP Fraktion ist für Eintreten.

Marcel Waldvogel, parteilos erklärt, dass auch die dritte Fraktion die Parkgebühren nicht als Hinderungsgrund für einen Besuch im Städtchen sieht. Allerdings findet er es sehr hilfreich, dass jetzt über Möglichkeiten nachgedacht wurde, so dass man sich nicht im Voraus überlegen muss, wie lange dass man denn jetzt im Städtchen bleiben will. Viele Leute sind dann erstaunt, wie attraktiv das Städtchen dann doch ist und würden dann gerne noch ein wenig länger bleiben, haben aber ihr Geld schon eingeworfen und müssen darum auf eine bestimmte Zeit zurück zum Auto.
Als Alternative zu den Schranken bittet Herr Waldvogel zu prüfen, ob es nicht auch die Möglichkeit gäbe, die Parkdauer via SMS zu verlängern. In dieser grenznahen Region sollte dann aber auch eine Bezahlung vom deutschen Anbieter aus möglich sein.

Wenn diese Fr. 135'000.- eingesetzt werden sollten, dann sollten diese anderweitig zur Förderung der Altstadt eingesetzt werden. Damit kann wahrscheinlich mehr erreicht werden, als wenn man einfach die Parkgebühren reduziert. Die dritte Fraktion ist für Eintreten.

Einwohnerratspräsident René Schäffeler bedankt sich bei Herrn Waldvogel für sein Votum und fährt mit der Detailberatung fort.

Detailberatung

Es ist keine Detailberatung gewünscht.

Abstimmung

Das Postulat von Werner Käser betreffend Parkgebühren ist als erledigt abzuschreiben. (Zitat Antrag Stadtrat)

Das Postulat von Werner Käser wird mit zwölf Ja-Stimmen bei zwei Enthaltungen als erledigt erklärt.

Mitteilung an
mit Protokollauszug
- Ablage

Extranet
- Einwohnerrat
- Stadtrat
- Bereichsleiter

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat **03.20.000**

BAU, Tiefbau, Fuss-, Rad- und Wanderwege **00.35.005**

11. Genehmigung Kredit von Fr. 160'000 für die Erstellung eines Trottoirs an der Eschenzerstrasse 7

Thomas Schnarwiler, Werkreferent stellt den Antrag im Namen des Stadtrates vor. Der Stadt bringt das Trottoir Nord von der Grenze zu Eschenz bis zum Chnebelgässli zur Vorlage. Es geht darum, zum einen die Sicherheit des neu gebauten Quartiers beim Falkendepot zu vergrössern, damit diese Leute auch erschlossen sind. Heute hat man da keine Erschliessung, was heisst, dass die Leute da immer über die Strasse müssen und wenn es da Kinder gibt, die in die Schule müssen, heisst das, dass sie da zweimal die Strasse queren müssen, welche relativ stark befahren ist. Zum anderen ist es auch so, dass man natürlich gesehen hat, dass viele Leute heutzutage zu Dr. Lang raus laufen, welche mit Rollatoren oder ähnlichem daraus laufen und es so natürlich schlau ist, wenn man das Trottoir auf der Nordseite einfach durchziehen könnte.
Dafür wurden zwei unterschiedliche Projekte angeschaut, wie man in der Planvorlage sehen kann. Es gibt ein Projekt mit Verkehrsinsel und eines ohne Insel. Der Stadtrat schlägt vor, das Projekt ohne Insel zu wählen. Das hat mehrere Gründe. Auf den ersten Blick denkt man sich, dass eine Insel in der Mitte Sicherheit bieten kann. Man hat aber bei genauerer Betrachtung gesehen, dass dies eben nicht der Fall ist. Das ist so, weil man die Verkehrsinsel von der Normgrösse von 2m auf 1.50m reduzieren musste. Das ist so, damit man die Fahrbahnen einigermassen hinbringt. Wenn man sich nun vorstellt, dass auf dieser Insel ein Erwachsener im dem Velo steht, so schaut dieses Velo hinten oder vorne in die Fahrbahn hinein. Auch bei einer Frau mit Kind und Kinderwagen sind diese 1.50m sehr knapp bemessen. Das war der

erste Grund, dass so eine Insel einfach eine falsche Sicherheit gibt. Der zweite Grund ist, dass die Trottoirs links und rechts zu schmal werden. Auf 15m müssen diese 1.50m irgendwo weggenommen erden. Wenn man nun davon ausgeht, dass der Fussverkehr Schweiz, gerade wegen den Behinderten, wegen Frauen mit Kinderwagen und ähnlichem sagt, dass das Trottoir eine Mindestbreite von 1.80m haben soll und die Stadt auf der Nordseite der Strasse beim Trottoir mit Insel auf eine Breite von 1.25m kommt, so reicht das nicht. Auf dem Plan steht zwar, dass das Trottoir eine Breite von 1.50m haben wird. Das stimmt aber nicht, da die Stadt das Land hinter dem Trottoir nicht hat und da nicht einfach bauen kann. Das ist ein Fehler der Planung. Das ist ein weiterer Sicherheitspunkt. Bei einer Breite von 1.25m können zwei Kinderwagen nicht kreuzen, da dann auf der Nordseite jemand in die Strasse rein muss. Auf der Südseite müsste das alte Trottoir um 25cm von 2m auf 1.75m gekürzt werden. Das würde eigentlich gehen, aber die Nordseite ist definitiv zu schmal. Aus diesen Gründen schlägt der Stadtrat dem Einwohnerrat die zweite Variante ohne Insel vor. Nun kommt noch eine dritte Überlegung. Wenn man sieht, wo der Zebrastreifen hinkommen soll, so liegt der Zebrastreifen da auch noch im Einlenker drin. Das heisst, wenn da ein Zügelwagen hinein oder raus fahren will, kann er das nicht machen, wenn er von Eschenz her kommt, das heisst, er muss zuerst zum Kreisel hoch um zu kehren, damit er beim Burgacker reinfahren kann. Raus ist es dasselbe. Auch da muss man zuerst wieder zum Kreisel hoch um zu kehren, damit er wieder in die richtige Richtung kommt, da der Einlenker zu kurz ist. Das ist später auch ein Thema für die Müllabfuhr. Die Müllabfuhr kann da nicht einfach abbiegen, da der Einlenker da zu eng ist. Das ist ein weiterer Grund, warum sich der Stadtrat dem Einwohnerrat beliebt machen will, auf die Verkehrsinsel zu verzichten.
Jetzt könnte man ja auch sagen, man gehe mit dem Zebrastreifen einfach weiter hoch in Richtung Kreisel. Das darf man aber vom Strassenverkehrsgesetz aus nicht. Da ist man dann zu nahe am oberen Fussgängerstreifen, der schon bestehend ist. Darum wurde der Standort so bestimmt.

Einwohnerratspräsident René Schäffeler bedankt sich bei Herr Schnarwiler für dessen Ausführungen und übergibt das Wort an Frau Metzger von der bürgerlichen Fraktion für das Eintretensvotum.

<u>Eintreten</u>

Ruth Metzger, SVP erläutert, dass die Eschenzerstrasse eine viel befahrene Strasse ist. Besonders in den Sommermonaten ist das auffällig. Durch den Bau der Liegenschaften im Werdblick hat es noch mehr Anwohner und Fussgänger gegeben, welche nun fast wahllos und auf gut Glück über die Strasse gehen beim Falkendepot. Darum ist ein Trottoir auf der Nordseite sehr begrüssenswert. Es ist eigentlich auch eine logische Weiterführung des bereits vorhandenen Trottoirs von Eschenz her. Die Querung mit den Zebrastreifen beim Falkendepot ist kommt den Kunden des Getränkemarktes, wie auch den zukünftigen Kindergärtnern, die den Kindergarten im Burgacker besuchen werden, sehr entgegen. Auch Schülerinnen und Schüler, die da Wohnen, werden diesen Fussgängerstreifen sicher nutzen. Zumindest die Schüler, die im Burgacker unterhalb dieses Streifens wohnen. Durch dieses Trottoir wird die Ein- und Ausfahrt beim Chnebelgässli zusätzlich noch viel überschaubarer. Dort hat es bis jetzt einen Spiegel, der vor allem den Autofahrern hilft beim rausfahren. Es ist aber trotzdem immer noch sehr unübersichtlich. Durch den Trottoirbau wird die ganze Ausfahrt dort beim Chnebelgässli mit einem Blick in Richtung Eschenz einfach ein wenig freier, weil da die Hecke und alles zurückgenommen wird für das Trottoir. Die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer, ob mit oder ohne Räder, wird durch den Bau des Trottoirs markant erhöht. Die bürgerliche Fraktion ist einstimmig für eine Annahme des Antrags.

Markus Vetterli, parteilos hält das Eintretensvotum für die SP Fraktion:
Die SP-Fraktion findet es sinnvoll, diese Lücke im Fusswegnetz entlang einer stark befahrenen Strasse zu schliessen. Sie anerkennt das Bemühen um eine gute, mit den Landbesitzern günstig eingefädelte Lösung ohne unnötige Kosten und stimmt dem Projekt grundsätzlich zu.

[Kritisch sehen wir die Frage mit dieser Insel.] ~~Gemäss kantonalen Zählungen hat die Eschenzerstrasse über 5000 Fahrzeuge pro Tag~~. (Änderungen B.S.) Die Dritte Fraktion wird detaillierter Stellung dazu nehmen.
Wir erachten es aufgrund der Verkehrszahlen als zwingend, [sowohl beim Chnebelgässli, wie auch] (Änderungen B.S.) beim Falken eine Insel zu bauen. Zudem sind aus unserer Sicht Kandelaber an jedem Fussgängerstreifen zwingend.
Das mag teurer sein, späterer Nachbau würde aber sicher viel teurer. [Die Überlegungen von Herr Schnarwiler zu den Nachteilen der Insel überzeugen schon auch. Es stellt sich dann einfach die Frage, ob man nicht mit einer leichten Fahrbahnverlagerung sagen könnte, dass beide Trottoirs 1.50m breit sind?] (Änderungen B.S.)
(Zitat M. Vetterli)

Thomas Schnarwiler, Werkreferent erklärt, dass man dafür weitere Landkäufe tätigen müsste. Das Problem liegt dabei, dass es nicht das Land der Stadt ist.

Markus Vetterli, SP berichtigt, dass er meint, dass wenn man 1.75m auf der einen Seite hat und 1.25m auf der anderen Seite, so könnte man das doch auf 1.50m pro Seite ausgleichen?

Thomas Schnarwiler, Werkreferent erwidert, dass man so die Problemfälle nur von der einen auf die andere Seite schieben würde.

Markus Vetterli, SP erklärt, dass es wahrscheinlich ein Missverständnis ist und erklärt, dass die SP Fraktion auf jeden Fall für Eintreten ist.

Beat Leu, FL begründet das Eintreten der dritten Fraktion folgendermassen:
Eine wichtige Vorlage welche der Sicherheit dient.
Leider sind in der Vorlage wie im Bericht [wie auch in der Vorlage] (Änderungen B.S.) falsche Zahlen (4100 Fahrzeuge pro Tag) vorhanden [wie vorher schon von Herr Vetterli angetönt.] (Änderungen B.S.) Wenn man beim Kanton SH nach sieht, sind es 9000 Fahrzeuge pro Tag und im Kanton Thurgau 7900 Fahrzeug pro Tag was dem doppelten entspricht und eine andere Ausgangslage ergibt.
Im Weiteren ist die Finanzierung der Beleuchtung in der Vorlage nicht ersichtlich. [Es wird von provisorischen Lichtsignalen geredet. Es wird im Bericht auch davon geredet, dass eine öffentliche Beleuchtung empfehlenswert sei. Aber in der Vorlage ist sie gänzlich nicht enthalten. Die dritte Fraktion findet das nicht akzeptabel.] (Änderungen B.S.) Die Dritte Fraktion ist dennoch für Eintreten um in der Detailberatung genauer einzugehen mit einem Antrag.
(Zitat B. Leu)

Einwohnerratspräsident René Schäffeler bedankt sich für die Voten und schreitet zur Detailberatung weiter.

<u>Detailberatung</u>

<u>S. 2</u>
Nadja Spalinger, parteilos möchte einen Antrag stellen, dass die Verkehrsinsel doch gebaut wird. Als Gründe führt sie auf, dass in erster Linie da 9'000 Autos pro Tag durchfahren. Es handelt sich bei der Strecke um eine Rennstrecke. Es ist wahrscheinlich den meisten bekannt, dass da oft ein wenig schneller gefahren wird, als dass man eigentlich dürfte. Der Bericht des Stadtrates bezieht sich auch auf den Kanton Bern, wo es so ist, dass ab 5'000 Autos pro Tag eine Insel gebaut werden muss. Auch vom Planimpuls, dem Ingenieurbüro, welches diese Projekte für die Stadt ausgearbeitet hat, empfiehlt eine Insel schon bei 4'100 Autos. Fälschlicherweise ist dem Büro eine falsche Zahl in die Hände gekommen. Die Planimpuls hat ja zwei Pläne ausgearbeitet, einmal mit Insel und einmal ohne Insel und auch sie empfehlen die Version mit Insel, auch wenn das Trottoir ein bisschen schmäler ist. Die Argumente mit den Kinderwägen, die kreuzen oder auch den Rollatoren müssen sicher beachtet werden. Frau Spalinger ist aber auch der Meinung, dass, wenn Frauen mit Kinderwägen sehen, dass es eng

ist, dass sie sicherlich nicht gerade da kreuzen wollen. Auch Leute mit Rollatoren werden wahrscheinlich nicht genau an dieser Stelle kreuzen wollen, wo es am engsten ist. Gerade bei einer so fest befahrenen Strasse. Wenn man Eschenz im Rücken hat ist der Burgacker links. Das ist ein Quartier mit kleinen Quartierstrassen. Der Fussgängerstreifen käme neben dem Falkendepot hin. Das da mal ein Zügelwagen hinein oder raus fahren will kann sein. Aber es hat da kein Gewerbe, heisst es fahren keine Lastwagen nach hinten. Es fahren vielleicht ab und zu mal Zügelwagen da durch. Wenn der aber an den Kreisel hoch muss um zu wenden, erachtet das Frau Spalinger als nicht so schlimm, als wenn es da einfach keine Insel hat. Ein weiterer Punkt ist, dass wenn es da eine Insel hat werden die Autos automatisch langsamer fahren, was wiederum eine Lärmreduktion gibt und wie man ja weiss wohnen da sehr viele Menschen, da das ja auch verdichtetes Bauen ist, kann sich Frau Spalinger vorstellen, dass das auch eine Entlastung ist für die ganze Strecke. Betreffend der Beleuchtung möchte Frau Spalinger noch nachfragen, ob dieser Kandelaber, der eventuell vom Impuls Büro empfohlen wird, gebaut wird, damit der Zebrastreifen auch wirklich gut beleuchtet ist. Diese Situation kennen wahrscheinlich alle, wenn man von Eschenz kommt, oder auch nachts, sieht man den Fussgängerstreifen beim Chnebelgässli erst im letzten Augenblick. Es ist eigentlich wirklich eine schwierige Strasse. Die Frage ist nun, ob dieser Kandelaber in diesen Fr. 160'000.- einberechnet ist?

Thomas Schnarwiler, Werkreferent bestätigt dies.

Nadja Spalinger, parteilos stellt den Antrag auf einen Zusatzkredit für die Fr. 45'000.- für den Bau der Insel beim Zebrastreifen beim Falkendepot.

Einwohnerratspräsident René Schäffeler fragt nach weiteren Wortmeldungen.

Ruedi Vetterli, parteilos fragt nach, ob der Bau der Insel nun von Gesetz wegen Pflicht sei?

Thomas Schnarwiler, Werkreferent erklärt, dass der Bau der Insel empfohlen sei. Bei einer Breite ab 8.50m wäre eine Insel Pflicht. Da man an dieser Stelle aber nur bei 7.30m ist, ist es nur empfohlen. Es ist aber nicht Pflicht, dass eine Insel gebaut wird.

Nadja Spalinger, parteilos erklärt, dass der Bau einer Insel vom BFU und von der schweizerischen Forschung für Normierung des Straßenbaues VSS empfohlen wird, es ist aber nicht vorgeschrieben.

Thomas Schnarwiler, Werkreferent betont nochmals, dass es nur empfohlen ist und nicht Pflicht.

Nadja Spalinger, parteilos betont ebenfalls, dass alle, die irgendeine Ahnung von Strassenbau haben, eine Insel empfehlen. Frau Spalinger wird auch nochmals beim Kanton Bern nachfragen, wie diese das handhaben.

Gian Luca Marchetto, SVP begrüsst die Anwesenden. Er erklärt, dass er dem Antrag nicht zustimmen wird und zwar aus dem Grund, da die Stadt diese Fr. 45'000.- nicht hat. Herr Vetterli hat vorhin was erwähnt zum Thema sündigen, auch die Finanzreferentin Frau Sigrist hat eingangs etwas über die Finanzen erwähnt. Herr Marchetto ist der Meinung, dass der Einwohnerrat einfach mal noch lernen sollte, das Wünschbare vom Nutzbaren zu trennen. Er ist in die GPK gewählt worden und sein Ziel ist es, dass es in Stein am Rhein keine Steuerfusserhöhung geben soll. Wenn der Einwohnerrat aber so weiterfährt, dann wird dann irgendwann mal noch der entsprechende Antrag des Stadtrates kommen. Es ist Herr Marchetto klar, dass der Stadtrat neu zusammengesetzt ist in dieser Legislatur, darum hat er auch eine kleine Rüge an den Stadtrat. Wenn natürlich in einer Vorlage steht, dass die teurere Variante von einem Ingenieurbüro empfohlen wird, dann weckt das natürlich Begehrlichkeiten. Das findet Herr Marchetto einfach nicht so gut. Darum bittet Herr Marchetto den Einwohnerrat, dem Antrag von Frau Spalinger nicht zuzustimmen, vor allem in finanzieller Hinsicht. Er ist auch der

Meinung, dass die Sicherheit vor geht, auch die Beleuchtung ist ein Thema. Das muss alles da sein. Man hat 80m weiter unten nochmals eine solche Insel in Eschenz vorne. Herr Marchetto sagt auch, dass das mit der Reduktion des Verkehrslärms nicht stimmt. Man schaltet einen Gang runter, dann hat es solche, die wieder einen Gang hoch schalten. Es ist also wirklich nicht so, dass diese Lärmemissionen reduziert werden. Dass der Verkehr runter kommt und dass man da langsamer fährt, das mag sein, aber aus finanzieller Hinsicht bittet Herr Marchetto den Einwohnerrat, dem Antrag nicht zuzustimmen. Er sieht schon den Eisberg voraus, wie man so schön sagt, so dass irgendwann der Stadtrat kommt und eine Steuersatzerhöhung fordert und da ist Herr Marchetto schlichtwegs dagegen.

Beat Leu, FL ist irritiert, das aufgrund der Sicherheit gespart werden soll. Es kann ja nicht sein, dass hier bei der Sicherheit, beim Trottoir, der Insel und der Beleuchtung ein Votum kommt, welches besagt, dass man sparen muss und man darum die Sicherheit nicht fördern kann. Es gibt andere Sparpotentiale, wie beispielsweise ein solcher Verkehrsbericht, welcher ja auch nicht gerade gratis war und nicht unbedingt aussagekräftiger ist und wahrscheinlich fast eine Verkehrsinsel wert ist, wenn man das betrachtet. Er kann diese Argumentation nicht nachvollziehen und bittet den Einwohnerrat, dem Antrag von Frau Spalinger zuzustimmen. Die Sicherheit geht vor.

Nadja Spalinger, parteilos möchte noch etwas zum Lärm sagen. Ihr Mann macht die gesamte Lärmsanierung für den Kanton Thurgau. Sie hat das mit ihm angeschaut und ihr Wissen ist daher sehr fundiert und sie glaubt auch, dass wenn man von Stein am Rhein nach Eschenz fährt und an eine Insel fährt, dass man dann immer in den zweiten Gang stellt. Und da eine Insel nach der anderen kommt, gibt es automatisch eine Verlangsamung des Verkehrs durch das Gebiet. Man kann also nicht behaupten, dass gewisse Leute, nur weil sie irgendetwas sehen, herunterschalten, dass dann der Lärm nicht heruntergeht. Sie findet die Aussage von Herr Marchetto höchst fragwürdig.

Cornelia Dean, SP erklärt, dass man sich gegen ein Trottoir im Degerfeld für Fr. 220'000.- gewehrt hat. Damit ist man nicht durchgekommen. Da ist das Trottoir aus Sicht der Fraktion nicht angebracht, da könnte man auch andere Verkehrsberuhigende Massnahmen machen, die allen etwas bringen würden und nicht ein Trottoir bauen für Fr. 220'000.-, welches man sogar noch vor Baustart bauen wollte, wo sie jetzt die Strasse wieder aufreissen. Das würde jetzt nämlich schon stehen, wenn man da nicht dafür gekämpft hätte, dass das nach dem Bau gebaut wird. Sonst hätte man das Trottoir noch sanieren müssen und es hätte dann noch mehr Geld gekostet.
Frau Dean ist der Meinung, dass man bei einer solch stark befahrenen Strasse, welche Kinder und sogar Kindergartenkinder überqueren müssen, angebracht ist, in die Sicherheit zu investieren. Da ist es viel besser als bei einer Quartierstrasse, wo man ein Trottoir für Fr. 220'000.- bauen muss.

Einwohnerratspräsident René Schäffeler dankt Frau Dean für ihre Ausführungen und macht darauf aufmerksam, dass man auf dieses Thema in einer späteren Sitzung nochmals zurückkommen wird.

Ruth Wildberger, SP will den Anwesenden beliebt machen, wenn man diese Insel nicht baut und der erste tödliche Unfall passiert und die Insel nachträglich gebaut werden muss, kostet das sicher mehr als Fr. 45'000.-, weil man dann noch den Randstein ändern muss usw., was sehr viele Mehrkosten mit sich ziehen wird.

Claudio Götz, Pro Stein kann als direkt Betroffener, da die Strecke auf seinem Arbeitsweg liegt, nur aus der Praxis reden. Er ist kein Baufachmann oder Verkehrsplaner oder wie auch immer. Seine Beobachtungen sind, insbesondere nach der Erfahrung der Eschenzer Insel, dass da nicht wirklich langsamer gefahren wird. Er ist aber auch der Meinung, dass auf dieser Strasse nicht zu unanständig gefahren wird. Das ist aber seine persönliche Wahrnehmung. Er ist sich nicht sicher, ob man mit der Verkehrsinsel wirklich eine bessere Sicherheit

hinbekommen wird, wenn man dafür die Trottoirs schmaler machen muss. Er folgt daher Herr Marchetto, dass man für eine vorbeugende Massnahme so viel Geld in die Hand nehmen muss, zumal ja in Eschenz schon eine solche Insel besteht und wenn es denn so wäre, dass der Verkehr so abgebremst wird.

Markus Vetterli, SP erklärt, dass es ihm auch nicht primär ums abbremsen des Verkehrs geht. Wenn ein Erstklässler oder Kindergärtner eine solche Strasse überquert, wo die Autos von zwei Seiten kommen, ist das eine äusserst komplexe Situation für ein junges Wesen, welches noch keine Ahnung hat von Geschwindigkeiten oder Raumdistanzen usw. Da bietet eine Insel, wo man in der Mitte draufstehen kann und sich auf die nächste Richtung konzentrieren kann, eine ganz erhebliche Sicherheit. Das Gleiche gilt auch älteren Personen, welche das sicher sehr schätzen werden.

Claudio Götz, Pro Stein erwidert, dass er vis a vis der Migros in Stein am Rhein aufgewachsen ist. Er hatte links und rechts einen Fussgängerstreifen, in der Mitte aber leider nicht. Dafür wurden die Kinder als Erziehungsmassnahme darauf getrimmt, wie man sich entsprechend an einem solchen Fussgängerstreifen verhalten soll. Er geht davon aus, dass das heute auch noch so gemacht wird. Da hat es auch keine Verkehrsinseln und da wird auch gerast und er macht auch darauf aufmerksam, dass er es trotzdem überlebt hat.

Nadja Spalinger, parteilos antwortet Herr Götz, dass es an der Strasse da auch nicht 9'000 Autos pro Tag hat. Das Problem ist auch, wenn man als Kindergärtner da steht, sieht man ja extrem weit. Das Problem ist ja, dass das Kind dann nicht abschätzen kann, ob es nun warten muss oder nicht. Das Problem ist ja, dass diese Strasse so gerade ist. Die Schwierigkeit ist, dass man sich auf eine Richtung konzentriert, da schon einen kleinen Punkt sieht als Auto, das gefahren kommt und in die andere Richtung sieht man nochmals ebenso weit. Das ist eine grosse Schwierigkeit für das Kind. Frau Spalinger macht auch noch darauf aufmerksam, dass es in Flurlingen drei Inseln innerorts im Abstand von 50m nacheinander hat. Frau Spalinger ist der Meinung, dass sich Flurlingen beim Bau dieser Inseln auch etwas überlegt hat.

Daniel Ochsner, SVP greift auf, dass die Strasse sehr lang und weit ist und dass man also weit sieht. Als Autofahrer muss man anhalten, wenn man sieht, dass jemand über die Strasse will bei einem Zebrastreifen. Ihm geht es selbst so, dass wenn er ein Kind nur schon auf dem Trottoir laufen sieht, steht er nicht gerade auf die Bremse, aber er passt besser auf. Daher kann er das Argument von Frau Spalinger nicht nachvollziehen. Schlussendlich ist ja der Autofahrer der, der anhalten muss. Er kann reagieren, das Kind darf unberechenbar sein. 200m weiter hat es seiner Meinung nach an einer gefährlicheren Stelle einen Zebrastreifen. Da redet man nicht über irgendwelche Massnahmen. Er befindet das als ein wenig abwegig.

Peter Spescha, SP erklärt, dass er als täglicher Velofahrer nicht mehr allzu grosses Vertrauen in Autofahrer hat. Er fährt jeden Tag über den Bahnübergang. Da ist eine Sicherheitslinie. Er wird mindestens einmal pro Woche an dieser Sicherheitslinie überholt. Der Autofahrer ist ganz auf der linken Seite. Sein Vertrauen in die Autofahrer ist also dementsprechend niedrig.

Daniel Ochsner, SVP erklärt, dass er jeden Tag in Zürich unterwegs ist und er das genau anders herum erlebt.

Gian Luca Marchetto, SVP bemerkt, dass der Antrag von Frau Spalinger wahrscheinlich angenommen wird, da er auch bei der SP Fraktion sehr populär ist und Begehrlichkeiten geweckt worden. Herr Marchetto wendet sich nochmals an den Stadtrat und erklärt dass er es nicht gerade als optimal empfindet, wenn solche Sachen in den Vorlagen stehen. Das soll einfach als Leitrüge an den Stadtrat gesehen werden. Er bittet den Stadtrat darum, das so entsprechend zur Kenntnis zu nehmen.

Ruedi Vetterli, parteilos erinnert Herr Marchetto daran, dass es nicht die Aufgabe des Einwohnerrates ist, dem Stadtrat zu sagen, wie er die Anträge formulieren soll. Er findet es gut,

dass das drin steht, einfach auch im Sinne der Transparenz, welche man sonst immer vermisst hat, hat das im Antrag zu stehen. Man geht nicht hin und macht dem Stadtrat Vorschläge, wie man einen Antrag möglichst gut verpacken kann damit der Einwohnerrat das möglichst nicht bemerkt und es einfach durchwinkt. Er findet das keinen guten Ansatz.

Gian Luca Marchetto, SVP erwidert, dass er aus finanzieller Sicht argumentiert hat. Er sagt aber auch, dass die Sicherheit vorgeht. Er ist einverstanden mit der Beleuchtung, aber die Beleuchtung beim oberen Fussgängerstreifen findet er nicht optimal, da wo der Spiegel steht, das sagt er auch. Es gibt vielleicht andere Möglichkeiten, mit Warnsignalen zu arbeiten, die beleuchtet sind, das sieht man auch. Aber auch da appelliert er und verweist auf die Verantwortung von Herr Vetterli, welcher schon die dritte Legislatur dabei ist, in Hinsicht auf die finanzielle Situation, in welcher sich die Stadt befindet. Es wird dieses Jahr noch einiges in Punkto Finanzen zu bewältigen sein.

Einwohnerratspräsident René Schäffeler bricht die Diskussion ab und bittet die Einwohnerräte, über die Anträge abzustimmen. Zuerst wird über den Antrag von Frau Spalinger abgestimmt, danach über die Anträge des Stadtrates einzeln.

Abstimmung

Frau Spalinger stellt den Antrag auf die Erstellung einer Fussgängerschutzinsel beim Fussgängerübergang Werdblick/Falkendepot Eschenzerstrasse H13 wird in die Vorlage aufgenommen.

Der Antrag von Frau Spalinger wird mit acht Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen. Damit kommt die Verkehrsinsel auch in die Vorlage. Somit muss der Kredit von Fr. 160'000.- auf Fr. 205'000.- angepasst werden.

Der Baukredit über Fr. 205‘000 für die Erstellung des nördlichen Trottoirs an der Eschenzerstrasse wird genehmigt.
(Zitat Antrag Stadtrat)

Der Antrat des Stadtrates mit dem neuen Kredit von Fr. 205'000.- wird mit elf Ja-Stimmen zu zwei Nein-Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Die Abschreibungsdauer wird auf 25 Jahre (Art. 84, Abs. 2 des kant. Gemeindegesetzes) festgesetzt.
(Zitat Antrag Stadtrat)

Der Antrat des Stadtrates wird mit 13 Ja-Stimmen und einer Enthaltung angenommen.

Einwohnerratspräsident René Schäffeler weist darauf hin, dass der Beschluss gemäss Art. 21 lit. b Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterliegt.

Mitteilung an
mit Protokollauszug
- Ablage

Extranet
- Einwohnerrat
- Stadtrat
- Bereichsleiter

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat **03.20.000**

12. Allgemeine Umfrage 8

Einwohnerratspräsident René Schäffeler bemerkt, dass alle Traktandenpunkte abgehandelt worden sind und man somit zum Punkt Allgemeine Umfrage kommt. Er fragt nach, ob das Wort aus dem Stadtrat gewünscht wird. Da dies nicht der Fall ist, erteilt er dem Einwohnerrat das Wort.

Peter Spescha, SP möchte noch zu vier Punkten etwas sagen. Er hat gehört, dass alte Postulate und offene Geschäfte möglichst schnell erledigt werden sollen. Er will nur kurz nachfragen, wie es um das Postulat von Herr Oster zum Thema Energiestadt steht, das am 21. September 2013 überwiesen worden ist? Am 6. März 2015 hat der Postulent mal darauf hingewiesen, dass da noch nichts gelaufen ist. Es ist auch nie eine Meldung dazu gekommen. Es wäre gut, wenn dieses Jahr dazu noch etwas gehen würde.

Einwohnerratspräsident René Schäffeler bemerkt, dass das Postulat auf der Liste ist und noch dieses Jahr abgehandelt werden soll.

Peter Spescha, SP bemerkt weiteres, dass die erste Sitzung Mitte Februar ist. Er findet das relativ ungünstig, da man von dem Moment an, wo man die Unterlagen hat bis hin zur Sitzung sollte man noch eine Fraktionssitzung abhalten und dazwischen sind auch noch zwei Wochen Ferien. Er wäre froh, wenn das nächste Jahr die Sitzung ein wenig später stattfinden könnte wenn die Ferien vorbei sind, so dass man da nicht in Zeit- und Terminkonflikte gerät.
Zum dritten Punkt: Man hat wieder Unterlagen erhalten, namentlich ein 46seitiges Verkehrskonzept, das nachgereicht wurde mit Änderungen darauf am Tag vor der Sitzung. Er findet das relativ problematisch in dem Sinne, dass man das alles ja nochmals durchlesen müsste. Es kann mal sein, dass etwas nachgereicht werden muss, aber es wäre dann vielleicht noch gut, wenn man die Änderungen farblich markieren würde oder auflisten würde, dass man nicht alles nochmals durchlesen muss. Das wäre eine Anregung, wo er begrüssen würde, wenn das so gemacht werden würde.
Als vierter Punkt erklärt Herr Spescha, dass er ja mit dem Velo in die Sitzung kommt. Dieses Mal hat er sich gefreut, da ihn ein Smiley angelacht hat. Er war 27 km/h schnell. Er dankt dem Stadtrat dafür, dass in der Rietstrasse eine Verkehrsüberwachung aufgebaut wurde. Das ist wirklich eine Stelle, an der viele Leute einiges mehr als 30 km/h fahren und erst kurz vor der engen Kurve abbremsen.

Ruth Wildberger, SP hat eine Anregung zum Protokoll. Sie fragt nach, ob das ein Wortprotokoll sein muss oder ob es auch ein Beschlussprotokoll sein kann. Es ist eine Wahnsinnsarbeit für die Protokollführerin, die Voten Wort für Wort im Protokoll wiederzugeben. In der Geschäftsordnung steht relativ klar, dass es nicht ein Wortprotokoll sein muss, sondern es muss summarisch die Diskussion wiedergeben und die Beschlüsse müssen im Wortprotokoll sein. Das ist die eine Frage von Frau Wildberger. Frau Wildberger hat gesehen, wie man im Espipark Bäume gefällt hat. Sie fragt nach, was vorgesehen ist und was für Fällaktionen laufen im Moment in Stein am Rhein? Welche Bäume werden gefällt und was ist als Ersatzpflanzung vorgesehen?

Thomas Schnarwiler, Werkreferent antwortet Frau Wildberger. Es war der Forstwart und ein Baumexperte vor Ort, welche den Gesundheitszustand der Bäume geprüft hat. So sind fünf Bäume angefallen, welche aus Gesundheitsgründen und auch als Altersgründen gefällt werden mussten. Die werden wieder ersetzt, wenn möglich durch gleiche Bäume.

Ruth Wildberger, SP fragt nochmals nach, ob die Bäume wieder durch gleiche Bäume ersetzt

werden.

Thomas Schnarwiler, Werkreferent bestätigt das. Da wo man kann, werden wieder die gleichen Bäume gepflanzt. Es ist hier auch der Forst miteinbezogen, so dass man dann auch die richtigen Bäume pflanzen wird.

Ernst Bühler, Stadtschreiber bemerkt, dass man letztes Jahr zweimal Glück hatte. Das eine Mal sass jemand auf der Bank, als nebenan ein Ast runtergefallen ist. Das andere Mal war jemand auf dem Fussweg, als auch ein Ast runtergefallen ist. Die Bäume sind morsch, es hat viel Totholz im Baum und der Förster hat beurteilt, dass konkret ein Baum in der Badi gefällt werden musste, da er morsch war. Die anderen Bäume ist man dabei, dass diese gefällt werden. Das geschieht alles aus Sicherheitsgründen, dass man das machen musste. Bei den Ersatzpflanzungen handelt es sich um Weiden. Im Espi gibt es auch noch einen Baum, der weg kommt. Die Bäume werden aber ersetzt durch Weiden. Die Badekommission hatte da auch noch Einsicht. Herr Bühler verweist da auf Frau Spalinger, die dazu mehr sagen kann.

Nadja Spalinger, parteilos ergänzt, dass sie mit Herr Kohler geredet hat, vor allem auch, da ihr die Ersatzpflanzungen wichtig waren, dass man da gut schaut, was da hin kommt. Er ist da sehr offen, dass da gleiche oder für den Boden sinnvolle Bäume gepflanzt werden. Es kommt darauf an, wenn der Baum krank ist, kann unter Umständen nicht nochmals der gleiche Baum gepflanzt werden. Es kommt immer darauf an, welche Krankheit der Baum hat und was um was für einen Typ Baum es sich handelt. Sie erklärt aber, dass man an diesem Thema dran ist und Vorschläge bringen wird, welche man dann mit Herr Kohler besprechen wird.

Ruth Wildberger, SP ergänzt, dass sie froh wäre über eine Information des Stadtrates an die Bevölkerung, wenn so etwas passiert. Vorbildlich war das beispielsweise am Rheinweg, wo es hiess, dass der Rheinweg für einen Tag gesperrt wird, da man dort Baumpflege macht. Aber wenn einfach ein Baum weg ist, fragt man sich, was genau da passiert ist.

Sönke Bandixen, Stadtpräsident erklärt, dass der Baum in der Badi eine Hauruckaktion war. Es war an diesem Tag -5°C und am Tag darauf sollten es 8°C sein. Es wurde innerhalb von drei Stunden entschieden, dass der Baum weg muss. Das wurde sauber gemacht. Später hätte man nicht mehr mit dem Wagen sauber da hineinfahren können, ohne dass es grössere Schäden gegeben hätte. Darum musste das relativ rasch gemacht werden. Man ist sich dem sehr wohl bewusst und man versucht auch jedes Mal die Bevölkerung zu informieren, dies war aber ein Spezialfall. Es gibt keine Absicht, irgendwelche Bäume zu fällen. Sondern es ist so, wie es der Stadtschreiber gesagt hat. Es ist eine Reaktion auf das Umfeld, was sehr schlecht hätte ausgehen können. Man hatte wirklich Glück, dass der Ast, welcher sehr gross war, nicht jemanden erschlagen hat. Darum hat man da geschaut, dass das gemacht wurde. Man hat die Badikommission und andere involviert, damit man das säuberlich angehen kann, wenn man wieder neu aufforstet. Aber Bäume sterben ab, wie alles andere auch. Aber nicht, wenn Leute darunter sitzen.

Ruth Wildberger, SP hat noch eine Anschlussfrage. Sie hat ein zweites Mal dem Stadtrat Unterschriften eingereicht für den Tulpenbaum und hat eigentlich nie eine Antwort erhalten. Weder eine Bestätigung, noch eine Einladung zu einem Gespräch.

Ernst Bühler, Stadtschreiber erklärt, dass man mal etwa zwei Stunden zusammengesessen ist und da darüber diskutiert. Das war nach der ersten Unterschriftensammlung. Seit damals hat sich nichts verändert, ausser dass Frau Wildberger weitere Unterschriften gesammelt hat. Der Sachverhalt ist immer noch derselbe. Es wurde damals ausführlich dargelegt. Diese Information wird schon auch nochmals gemacht werden müssen, aber grundsätzlich ist es das Gelände der SBB. Die SBB hat klar gesagt, dass der Tulpenbaum gefällt wird und davon liessen sie sich nicht abbringen. Die Stadt hat da keine Handhabe, um da irgendetwas zu machen. Die Windlerstiftung hat aber auch zugesagt, dass sie, wenn ein Ort für eine Ersatzpflanzung

besteht, diese dann übernehmen würde, aber nicht mehr am gleichen Ort. Es gibt aber auch sonst noch anderen öffentlichen Grund, wo man einen solchen Tulpenbaum pflanzen kann. Das wurde ganz klar und deutlich so gesagt und auch geschrieben. Danach kam Frau Wildberger mit weiteren Unterlagen und Unterschriften, aber der Sachverhalt hat sich nicht verändert.

Ruth Wildberger, SP erwidert, dass ihre Informationen von der SBB nicht so klar sind. Sie sagen einfach, dass sie einverstanden sind, dass der Tulpenbaum wegkommt, weil die Stadt ihn weghaben will.

Ernst Bühler, Stadtschreiber erwidert, dass die Stadt hier andere Informationen hat und die Stadt leitet in dem Fall nur weiter, was ihr gesagt wurde. Die Stadt hat da aber keine Handhabe, um da irgendetwas zu befehlen oder so. Es ist Privatrecht, beziehungsweise Eisenbahnrecht und das gilt und da kann die Stadt zwar wünschen, aber nicht befehlen oder intervenieren.

Ruth Wildberger, SP erklärt, dass man dann aber nochmals zusammensitzen könnte. Der Stadtrat zusammen mit der SBB und ihr selbst, weil der Baum in ihren Augen nicht fehl am Platz ist.

Ernst Bühler, Stadtschreiber erwidert, dass das nicht hier diskutiert werden muss.

Sönke Bandixen, Stadtpräsident verweist nochmals auf das Angebot der Windlerstiftung, welche gesagt hat, dass sie einen neuen Tulpenbaum finanzieren würden, sobald ein neuer Platz gefunden worden ist.

Werner Käser, FDP will noch ein Votum zum Protokoll machen. Man hatte in der letzten Legislatur mehrmals den Fall, dass sich Mitglieder vom Einwohnerrat, gerade aus der SP Fraktion, missverstanden gefühlt haben, wenn es vermutete Ungenauigkeiten im Protokoll gab. Wenn die Protokollführerin diese Voten zusammenfassen muss und so einen Ermessensspielraum ausnützen muss, dann kann es solche Missverständnisse geben. Darum würde er begrüssen, wenn man weiterhin Wortprotokolle verfassen würde. Dann hat man gewährleistet, dass es in etwa so dasteht, wie man es auch gesagt hat.

Ruedi Vetterli, parteilos meint daraufhin, dass Herr Marchetto und er sich ja auch noch in 15 Jahren erzählen wollen, was sie sich hier vor 15 Jahren erzählt haben.

Einwohnerratspräsident René Schäffeler unterstützt das Votum von Herrn Käser. Man hat das schon in der letzten Legislatur erlebt und er will das nicht nochmals, dass man eingangs der Sitzung zuerst immer zehn Minuten das Protokoll diskutieren muss und Seite für Seite anfängt, Voten zu korrigieren. Darum ist auch er der Meinung, dass das Protokoll so gelassen wird, wie es bis anhin ist. Man kann das aber gerne aufnehmen und im Büro diskutieren, damit man mal einen anderen Ansatz hat. Herr Schäffeler glaubt aber nicht, dass man an dieser Stelle nun über dieses Thema abstimmen muss.

Karin Sigrist, Finanzreferentin ergänzt noch, dass ein reines Beschlussprotokoll nicht möglich ist. Man kann schon die Geschäftsordnung ändern, aber auch das Gemeindegesetz schreibt vor, dass man summarisch festhält, was gesagt worden ist.

Ruth Wildberger, SP erklärt, dass sie das auch so meint. Sie meint nicht nur ein Beschlussprotokoll, aber nicht ein reines Wortprotokoll.

Ruedi Vetterli, parteilos will dazu auch sagen, dass man mal eine Zeit hatte, wo die vorbereiteten Voten alle per Mail auch der Protokollführerin zugestellt wurden, was die Arbeit sehr erleichtert hat, wenn sich die Leute auch daran gehalten haben, was sie auch aufgeschrieben haben. Aber es wird immer kompliziert im Leben, wenn Leute anfangen, sich selber zu interpretieren.

Markus Vetterli, SP bemerkt, dass die Geschäftsordnung in diesem Punkt klar ist. Es heisst nicht „die Wortmeldungen sind mindestens summarisch festzuhalten“, sondern ganz klar „die Beratungen sind summarisch, die Beschlüsse wörtlich festzuhalten.“
Ein Protokoll ist ein Arbeitsinstrument. Die wörtliche Aufschreiberei ist, wie überall im Leben, gleich. Es wird nicht alles besser, je detaillierter dass es wird. Wenn der Einwohnerrat einverstanden wäre, dass man nicht an jedem Wort herumschraubt, und diese Bereitschaft wäre nötig, dann wäre man mit einem summarischen Protokoll, was viel übersichtlicher und kürzer wäre, besser bedient.

Gian Luca Marchetto, SVP fasst zusammen, dass die Hausaufgaben für das Büro klar sind. Die sollen noch darüber diskutieren und dann mit einem möglichen Vorschlag kommen das nächste Mal.

Einwohnerratspräsident René Schäffeler nimmt das so entgegen.

Cornelia Dean, SP hat noch eine Frage zum Unterflurcontainer beim Eggli Areal. Die Container stehen da immer noch oberflur. Was läuft da?

Sönke Bandixen, Stadtpräsident erklärt, dass man da eine Einsprache habe und nun warten müsse.

Cornelia Dean, SP bemerkt, dass Leute zum Teil schon ihre Abfallsäcke dahin stellen.

Marcel Waldvogel, parteilos ergänzt, dass sein Votum erstaunlich gut dazu passt, was Herr Spescha vorhin gesagt hat. Er hat bei mehreren Vorlagen, die man sich dieses Jahr angenommen hat, welche nicht alle dieses Jahr entstanden sind, wie Feuerwehr, Trottoir usw. falsche Fakten gefunden, es fehlen Informationen, welche nachgeliefert werden, welche zum Teil zu wenig konkret sind und welche dann, wenn sie nicht konkret sind auch zu wenig kurz und bündig sind. Er bittet darum, dass die Fakten, die in den Vorlagen stehen, korrekt sind und kurz, klar und prägnant dargestellt werden. Und wenn nötig, dann eine separate Interpretation dazu, die nicht mit den Fakten vermischt ist. Und eben, wenn es eine Nachlieferung gibt, dann bitte klären und klarstellen, was genau anders ist und wieso dass diese Nachlieferung nötig war. Das Vereinfacht die Arbeit und ist auch schlussendlich besser da schlussendlich keine Konfusionen entstehen, ob nun Version drei oder vier des Dokumentes gültig ist.

Einwohnerratspräsident René Schäffeler erklärt, dass das Thema schon im letzten Jahr aufgenommen wurde. Herr Bühler hat sich dazu schon in der Dezembersitzung geäussert. Das ist sicher ein ganz klares Ziel. Herr Schäffeler möchte dazu auch sagen, dass es nun relativ viele Wechsel gegeben hat und das muss man nun vielleicht in den ersten zwei Sitzungen auch berücksichtigen, aber das ist natürlich klar, auch von Seiten des Büros, dass man nicht ständig mit Änderungen kommen will auf die Einwohnerratssitzungen hin.

Ernst Bühler, Stadtschreiber erklärt, dass man am 21. Dezember Sitzung hatte, am 20. Dezember kamen die Änderungen, welche der Einwohnerrat irgendwann am 19. Dezember in der Kommission eingegeben hat. Die Aktenauflage des Stadtrates ist gelaufen. Man hat aufgeschalten, was man damals im Stadtrat hatte. Es ist nun so geregelt intern, dass einfach, bevor man es aufschaltet, müssen die, die das Geschäft liefern, die richtigen Unterlagen liefern. Das wird im vier Augen Prinzip nochmals geprüft und erst dann aufgeschaltet. Da lehnt Herr Bühler aber von der Stadtkanzlei aus jede Verantwortung ab.

Marcel Waldvogel, parteilos bemerkt, dass das auch gerne weitergegeben werden darf.

Ernst Bühler, Stadtschreiber bemerkt auch, dass es der Stadt nicht recht ist, wenn die Unterlagen nicht komplett oder verspätet eintreffen.

Marcel Waldvogel, parteilos nimmt die Entschuldigung an.

Einwohnerratspräsident René Schäffeler schliesst die heutige Einwohnerratssitzung. Die nächste Sitzung findet am 7. April um 20.00 Uhr im Jakob und Emma Windler-Saal statt. An dieser Sitzung wird der Voranschlag für die Feuerwehr behandelt, voraussichtlich auch eine Anpassung des Feuerwehrreglements, die Motion Arthur Cantieni wird behandelt und auch die Sanierung der Stadtbrunnen wird ein Thema sein. Die weiteren Postulate werden in den Sitzungen im Juni und September abgehandelt. So ist es bis jetzt vorgesehen. Herr Schäffeler wurde noch von Yvonne Maus angeschrieben. Sie ist die Leiterin der KiTa in Stein am Rhein. Sie würde Einwohnerrat und Stadtrat gerne mal zu einem Apéro in der KiTa einladen. Das wäre vor der nächsten Sitzung. Zuerst mal war diese Sitzung gedacht, das war dann aber zu kurzfristig. Herr Schäffeler kann sich aber gut vorstellen, dass man das vor der nächsten Sitzung am 7. April machen könnte. Er würde das mit Frau Maus abmachen, ausser man findet das nicht nötig. Dann würde die KiTa nochmals ihre Arbeit vorstellen. Er denkt aber auch, dass man eine Einladung auch annehmen sollte.

Die Einwohnerratssitzung endet um 22.40 Uhr.

Die Protokollführerin

Beatrice Strasser